Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus i. d. Woche v. 12.—17. Novbr. 170 Milliarden Mark. Einzelverkaufspr. 30 Milliarden Mark.

Redaktion: Johannisstraße 46.

Fernruf { 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile od. deren Raum 20 Gold-Pfennige, auswärtige 25 Gold-Pfg., Versamml.-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Gold-Pfennige, Reklamen 80 Gold-Pfennige.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.

Fernruf { 926 nur Geschäftsstell 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 264. Sonnabend, 17. November 1923. 30. Jahrgang.

Volksentscheid in Lübeck!

Am 6. Januar.

Der Senat hat beschlossen, am 6. Januar einen Volksentscheid herbeizuführen. Die alten Herren kleben an ihrem Amte! Obwohl sie wissen, daß das lübeckische Proletariat sie zum Teufel jagen wird, obwohl sie wissen, daß die lübeckische Bevölkerung diesen 14köpfigen Senat mit seinem riesenhaften Apparat von hohen und höchsten Beamten über hat, obwohl sie wissen, daß der Volksentscheid Trilliarden kosten wird, trotzdem rufen sie den Volksentscheid an! Als ob wir keine anderen Schmerzen hätten! Das Volk erfriert und verhungert. Die Arbeit liegt still; der Handel stockt. Trotzdem — es muß gewählt werden. Damit einige der uralten Herren ihr Gehalt noch zwei Monate länger beziehen können. Das ist die berühmte vaterstädtische Begeisterung.

Uns kann es recht sein. Die Entscheidung wird für die vornehmen Herren vernichtend ausfallen.

Proletarier! Der Kampfruf ertönt! Tut Eure Pflicht! Schließt die Reihen! Beginnt mit der Aufklärungsarbeit! Bildet eine Einheitsfront der Besitzlosen; aller Hungernden und Darbenden!

Rüttelt den letzten Kollegen wach!

Die sozialdemokratische Partei hat im Kampfe gegen die Lübecker Reaktion entschlossen die Führung übernommen. Sie braucht immer neue Kämpfer! Führt ihr immer neue Genossen und Genossinnen zu.

Rüttelt die Massen auf! Kein Wort ist scharf genug, um das Elend des Volkes zu brandmarken, um der Reaktion endgültig das Genick zu brechen!

Wir fordern die bürgerlichen Senatoren heute schon auf, ihre Politik im Angesicht der hungernden Massen zu vertreten und zu verantworten. Wenn sie den Mut dazu haben!

Wir werden erbarmungslos mit ihnen abrechnen.

Der Kampf hat begonnen. Es lebe der Kampf!

Es geht um die Freiheit! Es geht um das tägliche Brot!

Staatsstreich der Ruhrindustrie.

Berlin, 16. November.

Der alte Plan der französischen Politik, Deutschland zu teilen und zu beherrschen, hat jetzt die Unterstützung der rheinisch-westfälischen Großindustrie gefunden. Sie hat in den letzten Tagen offen ihre Bereitschaft gezeigt, die Einheit des Reiches, von Millionen von Volksgenossen unter Aufopferung von Leib und Leben monatelang verteidigt, ihren Interessen zu opfern. Anders können die von ihr im Ruhrgebiet getroffenen Maßnahmen nicht gewertet werden. Sie verfügt über das Gebiet, als ob es nicht mehr zu Deutschland gehört und fühlt sich als Beherrscherin des schwarzen und russigen Landes an Ruhr und Emscher. Sie sagt dem Volke, dem Staat die Fehde an und diktiert, weil sie die Ohnmacht der Republik kennt. Der Kampf, den der deutsche Staat seit den denkwürdigen Novembertagen im Jahre 1918 um seine Existenz führt, mußte seine besten Kräfte verzehren. Die giftige Atmosphäre der Ultimaten, der offene und versteckte Krieg Frankreichs, der in der Besetzung des Ruhrgebietes seinen paradoxen Triumph feierte, haben jenes Chaos heraufbeschworen, für das allerdings die Unentschlossenheit und Unentschiedenheit der republikanischen Regierungen mitverantwortlich zu machen ist. Während aber der Staat erlag und in politischen und wirtschaftlichen Krisen zuckte, erstarkte die Industrie, auf deren Rat die Regierungen der Republik nur allzu willig hörten. Sie hat die Regierung Cuno in der Absicht bestärkt, es auf den Ruhrkampf ankommen zu lassen, aber die Konsequenzen lehnte sie ab und fühlte sich stark genug, jenem Staat, den sie mit ins Verderben getrieben hat, die natürlichste staatsbürgerliche Pflicht, die Treue gerade in der allergrößten Not zu versagen. Brutal setzen sich die Vertreter dieser Industrie, die „nationalen" Männer von ehedem, über Gesetz und Recht hinweg und treiben Schindluder mit den Interessen einer Bevölkerung, die in heroischem Kampfe den deutschen Boden und die Freiheit deutscher Arbeit verteidigt hat.

Das neueste Diktat der Eisen- und Kohlenbarone beweist, wie weit ihr Machtdünkel geht. Der Verband der Eisen- und Stahlindustrie hat am Donnerstag dem Dezernenten des Dortmunder Arbeitsamtes erklärt, daß der Dreischichtentag, die Schicht zu 8 Stunden gerechnet, aufhört und an seine Stelle zwei Schichten zu je 10 Stunden verfahren werden müssen. Kurz und bündig bezeichnete er 30 Prozent der Ruhrbergarbeiterschaft als zu viel. Sie sollen nach dem unbesetzten Deutschland abgeschoben werden, wo sie in der Landwirtschaft unterkommen könnten. Ebenso „sozial" gehalten ist eine Erklärung des Vertreters des Bergbaues und der Direktoren der Zeche „Scharnhorst" und „Gneisenau". Sie machten dem Dezernenten des genannten Arbeitsamtes Mitteilung von dem Beschluß des Zecherverbandes, sämtliche Belegschaften zum 1. Dezember zu kündigen. Auch müßten sie es in Zukunft ablehnen, ihre Betriebe als Zahlstellen für das Arbeitsamt zur Verfügung zu stellen. Als der Dezernent auf die Verordnung des Ministers verwies, antworteten sie ihm, an ihren Beschlüssen sei nichts zu ändern und die Behörden hätten sich mit dieser Tatsache abzufinden.

Dieses Vorgehen der Ruhrindustriellen enthüllt einen Kapitalismus, den viele in Deutschland längst überwunden glaubten. Ihm kommt es auf den Gewinn an. Die eigenen Volksgenossen sind nur das Werkzeug, ihn herauszuwirtschaften. Ist er bedroht, dann gilt die Masse als hinderlich. Noch im Jahre 1920 bettelten Stinnes und Konsorten geradezu um deutsche Arbeiter. Sie versprachen ihnen die Durchführung eines großzügigen Siedlungsprogramms, weil damals die Arbeiter zur Steigerung der Kohlenproduktion notwendig gebraucht wurden. Tausende gaben 1920 ihren Beschäftigungskreis auf, um einmal aus nationalen Gründen zu der notwendigen Steigerung der Kohlenproduktion beizutragen, nicht zuletzt aber auch auf Grund der ihnen gemachten Versprechungen. Sie wollten sich durch Arbeit, wenigstens für spätere Tage ein eigenes Heim schaffen. Heute, nachdem ihre Arbeitskraft genügend ausgenutzt ist, findet man sie überflüssig, verlangt ihre Deportation und will sie kaltblütig dem Elend überlassen. Moral und Volkstum, oft gepredigte Not- und Schicksalsgemeinschaft sind den Industrieherren jetzt, wo sie wieder ihre alte Macht fühlen, lächerlicher Popanz. Wir müssen gestehen: die französische Besatzungsbehörde war während der Okkupationszeit weniger kaltherzig. Sie hat nur Tausende ausgewiesen. Die Halbgötter des Bergbaulichen Vereins und des Verbandes der Eisen- und Stahlindustrie zwingen Millionen, Heim und Scholle zu verlassen, wenn sie nicht verhungern wollen.

Wie entschuldigt man diese Maßregeln, die kein Beispiel in der europäischen Wirtschaftsgeschichte hat? Gewiß, das Land kann nicht mehr wie früher kaufen und der Export liegt zum Teil brach. Aufträge werden sistiert und viele Schornsteine rauchen nicht mehr. Wer aber hat diese Krise verschuldet? Wer hat ihre Grundursache, die Inflation, mit allen Kräften gefördert? Herr Stinnes, der ungekrönte König der Kohlen- und Stahlrepublik in Westfalen, könnte darüber erschöpfende Auskunft geben. Eine Reihe von Wirtschaftsverbänden der Fertigwarenindustrie hat ja den Herren des Verbandes der Eisen- und Stahlindustrie den Vorwurf gemacht, durch übersetzte Preise die Einkaufs- und Beschäftigungsmöglichkeit gänzlich untergraben zu haben. Dieselben Leute haben an der Dumpingwirtschaft profitiert und in den verflossenen Jahren der Scheinkonjunktur jenen Devisenstock in den Tresors ausländischer Banken angelegt, der jetzt, wenn man ihn für die heimische Industrie nutzbar machen wollte, über die schlimmste Zeit hinweghelfen könnte. Wer verhinderte überhaupt die notwendige Wirtschaftsreform, um Krise und Flaute ernstlich zu Leibe zu gehen? Es waren jene Leute, die heute die Einheit eines Volkes und Einheit eines alten historischen Wirtschaftsverbandes aufs Spiel setzen, weil die Profitrate bedroht ist.

Diese Feststellung bedeutet keineswegs eine Verkennung des gigantischen Kampfes, der gegenwärtig im Rhein- und Ruhrgebiet um seine Industrie ausgetragen wird. Wir verkennen auch nicht jene furchtbare Belastung, die Frankreich dieser Industrie zumutet. Wenn die Ruhrindustriellen sie aber ausschließlich auf die Schultern der Arbeiterschaft abwälzen wollen, verlangen sie etwas Unmögliches. Die Ruhrindustrie will schließlich durch Verlängerung der Arbeitszeit und Reduzierung der Löhne ein neues Dumping schaffen. Sie will auf Kosten der Arbeiterschaft ihre Ware unter Preis auf dem Weltmarkt verkaufen. Sie muß wissen, daß sie damit die deutsche Wirtschaft nicht sanieren kann. Nicht durch billige und Schundware, sondern durch Qualitätsware kann sie die durch ihre Schuld verloren gegangenen Märkte wieder erringen. Verleckend ist ja für die Großindustrie die schlechte wirtschaftliche, ihren Plänen günstige Situation. Vielleicht ist es ihr möglich, jene wirtschaftsfeindlichen Pläne durchzusetzen und der Arbeiterschaft die neue Kandare anzulegen. Aber einmal kommt der Tag, an dem der gefesselte Riese sich wieder erhebt. Dann ist aber eine Entwicklung, die zur gemeinschaftlichen Arbeit in der Wirtschaft um der Produktion willen hätte führen können, zerstört und die Einheit und Freiheit eines großen Volkes geopfert. Vielleicht wird dann dieselbe Industrie erkennen, in jenen kritischen Herbsttagen des Jahres 1923 nicht nur dem deutschen Volke, sondern auch sich selbst das Grab gegraben zu haben.

Dollar 2520 Milliarden.

1 Goldmk. 600 Milliarden. 1 Goldpfg. 6 Milliarden.

Kommunistische Projekte.

Der „Soz. Parlaments-Dienst" schreibt:

Die kommunistische Partei Deutschlands führt bereits seit längerer Zeit ein illegales Leben, obwohl sie dazu keinen Anlaß hätte, wenn ihre Bestrebungen mit den Gesetzen in Einklang zu bringen wären. Die Kommunistische Zentralleitung hat z. B. ihre Räumlichkeiten in der Rosentahlerstraße (Berlin) restlos verlassen und ebenso ist die Berliner Bezirksleitung aus der Münzstraße ausgewandert. Man vermutet sie in der Russischen Botschaft bezw. in den Räumen der Russischen Handelsgesellschaft, die beide exterritorial und deshalb der Polizei nicht zugänglich sind. Tatsächlich haben die Kommunisten allen Anlaß, sich eines derartigen Schutzes zu bedienen, denn die Pläne, die sie in den letzten Wochen verfolgt haben, richten sich ebenso gegen die Verfassung wie die Machenschaften der Münchener Putschisten und ihrer Gesinnungsfreunde im übrigen Deutschland.

In diesen Tagen ist es der Berliner Polizei gelungen, für die verfassungswidrigen Handlungen der Kommunistischen Parteizentrale neue Beweise zu liefern. Seit ungefähr drei Wochen hat sie einen durchaus gut organisierten und über das ganze Reich verzweigten Kurierdienst unterhalten. Ihre Instruktionen an die politischen Oberleitungen bezw. ihre Unterinstanzen wurden restlos durch Kuriere befördert, während nur die Beförderung des vollkommen harmlosen Materils durch die Post vorgenommen wurde. Bisher hat die Polizei 14 kommunistische Kuriere festgesetzt. Sie waren bei ihrer Verhaftung gerade im Begriff, neues Material zu empfangen, das ein Spezialkommissar der Parteizentrale zur Verteilung in das Restaurant Biebermann, Zorndorfer Straße, gebracht hatte. **Die Kuriere waren äußerst gut gekleidet. Insgesamt wurden bei ihnen 140 amerikanische Dollar, 195 Goldmark in Goldanleihe und 70 Billionen Papiermark gefunden.** Das ihnen ausgehändigte Material wurde in Rohrplattenkoffern, die von der Zentrale zu Dutzenden aufgekauft waren, befördert, um den Eindruck harmloser Reisender zu erwecken. In der Zeit vom 3. bis 12. November wurden ausschließlich für den Kurierdienst insgesamt 369 Billiarden Mark verausgabt. Diese Summe zeigt nicht nur das Maß der innerhalb der Kommunistischen Partei betriebenen Verschwendung, sondern bestätigt auch, daß den Kommunisten heute noch von Moskau endlose Summen zur Verfügung gestellt werden. Sie selbst werden nicht behaupten wollen, daß die in 9 Tagen allein für den Kurierdienst verausgabten Summen durch ihre Mitglieder aufgebracht worden sind.

Das von den Kurieren an die Organisationen in allen Provinzteilen Deutschlands zur Uebermittlung vorgesehene Material umfaßte außer Geheimschreiben und Agitationsstoff vorwiegend Fragebogen über die deutschen Reichswehrformationen. Jede kommunistische Bezirksleitung bezw. Unterorganisation, in deren Agitationsbereich Reichswehr stationiert ist, erhielt bezw. sollte einen besonders auf die örtlichen Verhältnisse zugeschnittenen Fragebogen erhalten. Die Organisationen waren beauftragt, diesen Bogen mit Hilfe des Zersetzungsmannes innerhalb einiger Tage zu beantworten. Hauptsächlich sollte die Stärke der Formation, ihre politische Einstellung, speziell die der Offiziere ausgekundschaftet und mitgeteilt werden. Ferner ob bereits ein Verbindungsmann bestimmt ist, der die kommunistische Agitation in den einzelnen Formationen vornimmt. Die kommunistische Organisation in Rostock wurde außerdem beauftragt, festzustellen, ob in der Flugzeugfabrik Sablatnik ein kommunistischer Vertrauensmann beschäftigt ist. U. a. befanden sich unter dem beschlagnahmten Material auch zwei Briefe des Kommunisten Brandler, der gegen die Amtsenthebung durch den Reichskommissar Heinze protestiert und sich nach wie vor als Ministerialdirektor der sächsischen Staatskanzlei fühlt, obwohl er mit der Ernennung des Volksparteilers Heinze zum Reichskommissar aus Dresden verschwunden und für die Polizei unauffindbar ist. Bemerkenswert ist u. a. noch ein Schreiben der Kommunistischen Zentrale an die Bezirksorganisation in Weimar. Aus ihm ergibt sich nicht nur, daß die kommunistische Parteizentrale von ihren thüringischen Organisationen bei dem Einmarsch der Reichswehr den sofortigen Generalstreik forderte, sondern sie auch für den Rücktritt der kommunistischen Minister die notwendige Sorge getragen hat. Man hatte sich die Arbeit der eigenen Regierungsvertreter anders vorgestellt, aber bei den sozialdemokratischen Ministern starke Gegenpole für eine ungehinderte kommunistische Propaganda gefunden. **Deshalb wurde den Kommunisten in Weimar anbefohlen, mit allen Mitteln entweder den Generalstreik herbeizuführen oder aber aus der Regierung auszutreten. Die kommunistische Zentrale** gab zu diesem Zweck die Anweisung, von der thüringischen Regierung sofort die Bildung gemeinsamer proletarischer Hundertschaften und den Rücktritt des Polizeioberst Müller-Brandenburg **in der Erwartung zu verlangen, daß diese Forderung abgelehnt würde.** [illegible]halb 24 Stunden sollten dann die Kommunisten aus der [illegible]rung austreten und mit einem propagandistischen Aufruf vor die Arbeiterschaft treten. Der entsprechende Brief ist vom Sonntag, dem 11. datiert! 24 Stunden später traten die kommunistischen Minister aus der thüringischen Regierung aus. Sämtliche Briefe an die Organisation sind nicht mit vollen Namensunterschriften, sondern mit Decknamen versehen.

Der Hauptzweck der kommunistischen Kurierorganisation war zweifellos die eingehende Vorbereitung zu einer staatsfeindlichen Aktion durch Aushändigung der erforderlichen Aktionsbefehle an die beteiligten Unterorganisationen und ihre strengste Geheimhaltung durch eine persönliche Uebermittlung. Insbesondere aus dem Fragebogen über die Reichswehrformationen ergeben sich die Absichten der kommunistischen Parteizentrale. Sie finden ihre einwandfreie Bestätigung durch die in den letzten 24 Stunden beschlagnahmten kommunistischen Waffenlager. Es sind Waffen der verschiedensten Kaliber und andere militärische Hilfsmittel gefunden worden.

Die Entlassung der Bergarbeiter.

SPD. Bochum, 16. November. (Eig. Drahtber.)

Die von den Zechenindustriellen angekündigte Entlassung bezw. Kündigung der Bergarbeiter ist am Donnerstag durchgeführt worden. Auf den Zechen haben die Betriebsleitungen die Bekanntmachung anschlagen lassen, die die Kündigung sämtlicher Arbeiter und Angestellten zum 30. November vorsieht. Da die Demobilmachungsbestimmungen Sperrfrist vorsehen, erwarten die Bergarbeiter, daß die Demobilmachungskommissare unverzüglich eingreifen und auch der Reichswirtschaftsminister gegen das Vorgehen der Bergbauunternehmer Stellung nimmt. Die Kündigung wird deshalb zu Unrecht erfolgt angesehen, weil einmal der größte Teil der Belegschaften schon heute der Erwerbslosenfürsorge überwiesen ist und weil der andere noch arbeitende Teil aus den zweifellos sehr erheblichen Reserven entlohnt werden kann.

Es muß übrigens festgestellt werden, daß die Kündigung und Entlassung der Arbeiter vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus ein schlechtes Geschäft für die Unternehmer bedeutet, da bei voller Stillegung der Betriebe auch die Instandsetzungsarbeiten zum Erliegen kommen. Die Vermutung ist deshalb durchaus nicht unbegründet, daß der Schritt der Bergbauunternehmer ein lediglich machtpolitischer ist. Ihr Ziel geht dahin, nach Aufhebung der Erwerbslosenunterstützung die Widerstandskraft der Arbeiter so weit zu schwächen, daß die zermürbten Massen die Bedingungen anerkennen, die die Bergbauunternehmer für die Wiederaufnahme der Betriebe gestellt haben und die kurz zusammengefaßt Friedensarbeitszeit, Friedensleistung über Durchschnitt und Löhne weit unter Durchschnitt sind.

Der Verrat am Ruhrgebiet.

Die Bereitstellung von 100 Millionen Rentenmark für die Fortzahlung der Reichszuschüsse an die besetzten Gebiete bedeuten, wie uns offiziös mitgeteilt wird, keine Aenderung in der Stellungnahme der Reichsregierung, wie sie in den Verhandlungen mit dem Fünfzehnerausschuß über die fernere Ruhr- und Rheinpolitik zum Ausdruck gekommen ist. Die Summe soll lediglich dazu dienen, die Erwerbslosenunterstützungen für die Spanne von 10 Tagen nach Einführung der Rentenmark noch weiter zu zahlen. Für die zwei Millionen Arbeitslosen und die 500 000 Kurzarbeiter des besetzten Gebietes wird ein Betrag im Werte von 100 Millionen Goldmark gerade für 10 Tage ausreichen. Die jetzige Reichsregierung beabsichtigt dann, diese Unterstützungen des Reiches einzustellen.

*

SPD. Der Reichsminister des Innern verwahrt sich in einem durch Wolff-Bureau verbreiteten Dementi gegen eine ihn betreffende Veröffentlichung des „Soz. Parlaments-Dienst". In dieser Veröffentlichung wurde u. a. darauf verwiesen, daß der Reichsminister des Innern bereits am Dienstag in einer vor seinen Beamten gehaltenen Antrittsrede mit dem „vorübergehenden" Verlust des Ruhrgebietes gerechnet habe. Die Verwahrung des Herrn Dr. Jarres ist in Wirklichkeit eine Bestätigung unserer Behauptungen, die wir übrigens nach wie vor aufrechterhalten und durch Erklärungen im Fünfzehnerausschuß noch ergänzen können. Aber selbst wenn Herr Dr. Jarres die Redewendung von dem „vorübergehenden" Verlust des Ruhrgebietes nicht benutzt hätte, würde an unserer Haltung nichts geändert werden. Denn die in erster Linie von ihm befürwortete Politik muß praktisch zu einem derartigen Verluste führen. Das ist nicht nur die Auffassung des „Soz. Parlaments-Dienst", sondern weiter Kreise des deutschen Volkes!

Unruhen in Düsseldorf.

Düsseldorf, 16. November.

Die gestrigen Plünderungen dauerten bis spät nachts an und erstreckten sich ziemlich gleichmäßig auf alle Stadtteile. Zu besonders starken Ausschreitungen kam es wiederum in Oberbilk. So oft die Polizei dort den Versuch machte, einzuschreiten, wurde sie lebhaft beschossen, so daß sich regelrechte Feuergefechte entwickelten. Ob die Plünderer Verluste hatten, konnte noch nicht festgestellt werden. An verschiedenen Stellen gelang es der Polizei, Plünderer festzunehmen.

Die Plünderungen dauern in allen Stadtteilen an. Vor allen Dingen werden Fuhrwerke und Lebensmitteltransporte in den Außenbezirken angehalten und ausgeraubt. Daß es aber den Plünderern nicht allein darauf ankommt, ihren Hunger zu stillen, erweist der Umstand, daß auch ein Porzellangeschäft und ein Herdgeschäft völlig ausgeraubt wurden. Heute vormittag wurde an einzelnen Stellen auch der Versuch gemacht, in Privathäuser einzudringen. Gestern abend wurden in den südlichen Stadtteilen aus Fuhrwerken, Kisten und Möbeln Barrikaden errichtet. Da Benzinfässer geraubt wurden, offenbar in der Absicht, sie am Abend beim Anrücken der Polizei in Brand zu stecken, so wurde die Feuerwehr alarmiert, die die Barrikaden beseitigte. Bei den Feuergefechten in Oberbilk hatte die Polizei keine Verluste. Im Laufe der Nacht wurde das Polizeikommando in der Höhenstraße zurückgezogen, weil man einen Angriff bewaffneter Banden befürchtete und unnötiges Blutvergießen vermeiden wollte. Der Stand der Polizei ist abends besonders schwer, da die Ruhestörer dazu übergegangen sind, die Straßenbeleuchtung in den von ihnen besetzten Straßen auszulöschen, um die in der Dunkelheit anrückende Polizei besser angreifen zu können.

Grundvermögenssteuer und Volksernährung.

Wie die Reichsregierung die Länder unterstützt.

Einer Nachricht der „Königsberger Allgemeinen Zeitung" zufolge hat der Reichsernährungsminister Graf Kanitz in einem Schreiben an den Reichsfinanzminister Einspruch gegen die von Preußen erhobene Grundvermögenssteuer erhoben. Auch dem Grafen Kanitz dürfte bekannt sein, daß die Grundvermögenssteuer ein wichtiger Teil des preußischen Etats ist und daß der Haushalt in sich zusammenfällt, wenn ihm die Grundvermögenssteuer genommen wird. Wenn der Ernährungsminister seinen Einspruch auf die Gefahr für die Volksernährung stützt, die sich aus einer zu starken Belastung des Bodens ergebe, so ist dieses Argument wenig stichhaltig. Gerade die Landwirtschaft hat es bisher glänzend verstanden, den Preis ihrer Produkte auf Dollarparität zu halten, sie gehört heute zu den vermögensten Teilen des Volkes, so daß sie einer besonderen Schonung nicht bedarf. Besonders übel aber muß es wirken, daß nun auch von ministerieller Stellung die Drohung mit dem Versagen der Volksernährung aufgegriffen wird, mit der die Organisationen der Landwirtschaft bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit operieren. Daß die preußische Grundvermögenssteuer diese Gefahr in sich birgt, war bisher allerdings noch nicht bekannt.

Der Einspruch des Ernährungsministers ist aber auch nach einer anderen Seite hin auffällig. Als Dr. Stresemann seine Kanzlerschaft antrat, erklärte er es als seine vornehmste Aufgabe, den Staatshaushalt im Reich und in den Ländern wieder in Ordnung zu bringen, da dies die Voraussetzung für einen wirksamen Kampf gegen den Währungsverfall sei. Er werde nicht davor zurückschrecken, gegen Industrie und Landwirtschaft, wenn es notwendig sein sollte, mit aller Schärfe vorzugehen. Er halte es für seine Pflicht, den Ländern in ihrem Bemühen um die Wiederherstellung gesunder Finanzverhältnisse jede denkbare Hilfe zuteil werden zu lassen. Für das Programm des Reichskanzlers bedeutet der Einspruch seines nachträglich ernannten Ernährungsministers einen Schlag ins Gesicht. Er wirkt um so niederschmetternder, als er in demselben Augenblick erfolgt, in dem man im Reichskabinett erwägt, die Erwerbslosenunterstützung im Ruhrgebiet aus Geldmangel einzustellen. Die Millionen von Beamten, Angestellten und Arbeitern im Ruhrgebiet, die ein halbes Jahr lang für das Wohl des Reiches ihre Haut zu Markte getragen haben, will man einem ungewissen Schicksal preisgeben, der Beamtenabbau wird brutal durchgeführt und den Agrariern schenkt man die Steuern! Der „antimarxistische Kurs läßt sich gut an.

Das Rentengeld.

Am Freitag haben zwischen den Vertretern der Rentenbank und der Industrie Verhandlungen stattgefunden. Vor allen Dingen wurde die Frage der Industriekredite in Rentenmark erörtert. Zu einem Abschluß der Verhandlungen ist es nicht gekommen. Allerdings steht jetzt schon fest, daß die Rentenmarkkredite an die Industrie nur auf wertbeständiger Grundlage gewährt werden sollen.

*

Die Reichsregierung hat am Freitag aus dem ihr zur Verfügung stehenden unverzinslichen Darlehen von 300 Millionen Rentenmark 50 Millionen angefordert und sie der Reichsbank zur Einlösung von Schatzanweisungen überwiesen. Die Reichsbank wird die ihr überwiesene Rentenmark sofort durch Umtausch gegen Papiermarknoten in den Verkehr bringen und zwar soll vorläufig ausschließlich der Lebensmittelhandel berücksichtigt werden.

Die Gesetze gelten nicht mehr.

Nach § 1 der Verordnung vom 8. 11. 1920, ergänzt durch die Verordnung vom 15. 10. 1923, sind die Inhaber oder Leiter von Betrieben, in denen in der Regel mehr als 20 Arbeiter beschäftigt sind, verpflichtet, bevor sie zur Kündigung und Entlassung von 5 % der Arbeitnehmer, wenn in der Regel 200 Arbeitnehmer beschäftigt sind, zur Kündigung von mehr als 50 Arbeitern schreiten, bei der zuständigen Demobilmachungsbehörde Anzeige zu erstatten. Die beabsichtigte Maßnahme darf ohne Zustimmung der Demobilmachungsbehörde nicht vor Ablauf von vier Wochen nach der Erstattung der Anzeige getroffen werden. Der Bergarbeiterverband hat durch Anfrage bei den in Frage kommenden Demobilmachungskommissaren festgestellt, daß eine solche Anzeige nicht gemacht worden ist. Die Kündigungen der Belegschaften am 15. 11. zum 30. 11. sind somit ungesetzlich und damit auch rechtsunwirksam. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß der Zechenverband mit dem Reichswirtschaftsministerium in Verhandlungen steht.

Für Montag, den 19. November, ist auf Veranlassung des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe eine Sitzung nach Hamm einberufen worden, an der Vertreter der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber, die Demobilmachungskommissare, das Reichskommissariat und das Oberbergamt teilnehmen. Zur Debatte wird die Entlassung der Arbeiter stehen.

Kommunistische Presse erlaubt. Die sozialdemokratische verboten.

SPD. Breslau, 16. November.

Der Militärbefehlshaber für die Provinz Schlesien hat am Freitag das Verbot der kommunistischen Presse aufgehoben. Wenige Zeit später wurde für die gesamte sozialdemokratische Presse in Schlesien ein generelles Verbot erlassen.

Die Lage in Bayern.

München, 16. November. (Eig. Drahtber.)

Nach außen hin ist nunmehr in München völlige Ruhe eingekehrt. Es ist aber klar, daß innerhalb der durch Verbot und Auflösung niedergehaltenen putschistischen Verbände die revolutionäre Gährung weitergeht. Sichere Anzeichen dafür sind die auf den Straßen verbreiteten Handzettel, die in größtenteils provokatorischer Weise gegen die „Verräter im Bürgerbräukeller" Stellung nehmen, um die Volksseele wiederum zum Kochen zu bringen. Einer dieser Zettel, der am Freitag vormittag durch Abwerfen aus der Straßenbahn verbreitet wurde, besagt, daß Lossow die beiden Führer des „Kampfbundes" und der „Reichskriegsflagge" erschießen lassen will und daß „auch" Hitler in Gefangenschaft sei. Ein anderer dieser Zettel, dem politische Bedeutung zukommt, verbreitet folgende Erklärung der nationalsozialistischen Parteileitung: „Wir anerkennen nicht die niederträchtige, nach einem Treubruch sondergleichen angeordnete Auflösung unserer Partei. Das Verbrechen des 9. November verpflichtet uns, schärfer noch als bisher den Kampf gegen die deutschfeindlichen Mächte des Judentums und des römischen Jesuitenordens zu führen. Wir werden dem Versuch, durch den wüsten Terror dieser Tage die ganze deutsche Freiheitsbewegung niederzuknüppeln, die gewaltige Stärke unseres Glaubens und unserer Organisation in Stadt und Land und jenseits der Reichsgrenze (Oesterreich und die Tschechoslowakei. D. Red.) entgegensetzen. Mit zäher, fanatischer Treue halten wir an unserem Deutschtum, an unserer Mission, an unserem eisernen Willen bis zum Siege fest." Es wird selbstverständlich niemanden überraschen, daß die Nationalsozialisten sich dem Verbot des Herrn v. Kahr nicht als brave und reuige Kinder unterordnen, umsoweniger, als bis zur Stunde nicht bekannt geworden ist, welche Mittel der Generalstaatskommissar ergriffen hat, um die Auflösung der verbotenen Verbände tatsächlich durchzuführen. Vermutlich sind nicht einmal die Verwaltungsräume dieser Organisation und die Redaktion des „Völkischen Beobachter" geschlossen worden; andererseits konnten ihre geschlossenen Abteilungen unbehelligt an den Beerdigungen am Mittwoch teilnehmen.

*

München, 16. November. (Eig. Drahtber.)

Nach Ansicht der bayrischen Regierung und des Generalstaatskommissars reichen die Maßnahmen des Reiches zur Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels bei weitem nicht aus, um dem wirklichen Bedarf im ganzen Reiche zu dienen. Dazu finden erfahrungsgemäß solche Dinge nur langsam den Weg von der Reichshauptstadt nach dem deutschen Süden. Da aber Bayern nicht mehr länger warten kann, wird auch in Bayern alsbald die Schaffung und Ausgabe eines wertbeständigen Zahlungsmittels in die Wege geleitet. Die Vorarbeiten dafür sind bereits eingeleitet. Das bayrische wertbeständige Geld soll auch der Pfalz zugute kommen.

*

München, 16. November. (Eig. Drahtber.)

Der Landesverband der bayrischen Presse, in dem die Redakteure und Mitarbeiter aller politischen Parteien von den Sozialdemokraten bis ganz rechts hinüber zusammengefaßt sind, haben dem Generalstaatskommissar in einem einmütig gefaßten Beschluß das Ersuchen unterbreitet, mit Rücksicht auf die schwere Lage der schuldlos Betroffenen das Verbot der „Münchener Post" so schnell wie möglich aufzuheben. Grundsätzlich steht der Landesverband der bayrischen Presse auf dem Standpunkt, daß das generelle Verbot der gesamten sozialdemokratischen Presse Bayerns ein Fehlspruch ist, weil von ihr kein Vergehen begangen wurde; und wo kein Vergehen ist, da kann auch keine Strafe sein. Durch das allgemeine Verbot von Zeitungen einer Richtung, die als politische Partei nicht verboten ist, droht ein Zustand der Rechtsunsicherheit sich einzuschleichen, dessen schnelle Beseitigung der Verband erbittet. Zur Vermeidung ähnlicher Vorkommnisse für die Zukunft hält der Verband es für notwendig, daß auch für die Zeit des Ausnahmezustandes generelle Vorschriften für die Presse erlassen werden. Für alle Blätter, die den Staatsgedanken anerkennen, müssen diese Vorschriften und Richtlinien gleichmäßig bestehen, sie müssen allen bekannt, allen zugänglich gemacht und gleichmäßig bindend sein. Der Generalstaatskommissar hat dem Verband auf diese Eingabe noch keine entscheidende Antwort gegeben, jedoch durch seinen Pressechef, der selbst ein hervorragendes Mitglied des Verbandes ist, offiziös mitteilen lassen, daß im Generalstaatskommissariat darüber Erwägungen gepflogen werden, ob die politischen Umstände zurzeit schon derartige sind, ob die allgemeine Beruhigung schon so weit vorgeschritten ist, daß das Verbot der sozialdemokratischen Presse aufgehoben werden kann.

Sie sind alle unschuldig.

Die Mohrenwäsche beendet.

Man muß nur Geduld haben, dann klärt sich alles auf. Nachdem sich Kahr und Ludendorff tagelang beschimpft und gegenseitig die Schuld an der freilich sehr kostspieligen und nicht wieder gutzumachenden Eselei im Bürgerbräu in die Schuhe geschoben haben, kommt jetzt der Vorstand der bayerischen Offizier- und Regimentsvereine und dekretiert: Alles war nur ein Irrtum; die Kahr, Ludendorff, Lossow und Seißer, sie sind alle Unschuldsengel. Das Dekret sieht so aus:

> Exzellenz v. Kahr, General v. Lossow und Oberst Seißer haben am Donnerstagabend in der klaren Voraussetzung, daß ohne Täuschung der Hitler-Leute ein schwerer Konflikt entstehen würde, ihre Ehre und ihr Ansehen aufs Spiel gesetzt, um Staat und Vaterland zu erhalten und schwerste Erschütterungen zu vermeiden. Der Vorstand ist sich darüber einig, daß ein Gelingen des Putsches die deutsche Bewegung vernichtet hätte.
>
> Ludendorff konnte die Erklärung v. Kahrs, v. Lossows und Seißers in der Bürgerbräu-Versammlung nicht als ein Täuschungsmanöver erkennen. Ludendorff hat sich daher in gutem Glauben der Bewegung angeschlossen. v. Kahr, v. Lossow und Seißer mußten daher auf Grund der Vorgänge annehmen, Ludendorff handele im Einverständnis mit Hitler. Sie unterließen daher eine spätere Benachrichtigung des Generals Ludendorff über ihre angewandte List. Daraus entstand der unheilvolle Irrtum, daß deutsche Männer und Offiziere, wie v. Kahr, v. Lossow und Seißer glaubten, daß ein Mann, der deutscher Heerführer war, nach einigen Stunden sein gegebenes Wort bricht und sich an einem Putsch beteiligt, den er vorher schroff verurteilt hat.

So ist denn alles wieder in Butter. Kahr hat dem Vorstand der Offiziervereine seinen Dank ausgesprochen und die „nötigen" Schritte in der Angelegenheit Ludendorff in Aussicht gestellt. Ludendorff selbst läßt durch TU. erklären, er denke nicht daran, die Schutzhaft anzutreten, da die Ursachen beseitigt sind.

In der Tat, auf einen Wortbruch mehr oder weniger kommt es bei dieser Geschichte nicht an. Die Hauptsache bleibt, daß sich die Helden, die Sieg oder Untergang schwuren, möglichst glatt aus der Affäre heraus schwindeln. Damit werden zwar die 19 Toten nicht wieder lebendig gemacht, aber was schadet das, wenn nur die Geistesheroen Ludendorff und Kahr, die mit Hitler solange gemeinsame Sache machten, als es nicht ernst war, der Menschheit erhalten bleiben.

Die Bayerische Volkspartei dürfte sich bei dieser Mohrenwäsche wenig wohl fühlen. Ihr famoser Generalprokurator Kahr, der dazu ausersehen war, die längst unangenehme nationalsozialistische Bewegung in Schach zu halten, rettet sich jetzt allem Anschein nach in das Lager jener, auf die er noch vor kurzem schießen ließ. Da die Völkischen trotz ihrer sonstigen prinzipiellen Prinzipienlosigkeit an dem Prinzip „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich" stets festgehalten haben, nimmt das nicht weiter wunder. Was aber soll die Bayerische Volkspartei tun, die plötzlich die mehr als peinliche Entdeckung macht, daß sie den Bock zum Gärtner gemacht hat?"

Der preußische Wohlfahrtsminister hat für die Gewährung von Erwerbslosenunterstützung neue Richtlinien aufgestellt. Die Höchstdauer von 26 Wochen kann verlängert werden für Berufsgruppen in besonderer Notlage. Für ledige Arbeiter und Arbeiterinnen in der Land- und Hauswirtschaft beträgt die Fürsorgehöchstdauer nur 13 Wochen.

An unsere verehrl. Bezieher!

Die allgemeinen Verhältnisse zwingen auch uns, für die Woche vom 18—24 November erstmalig für unsern Bezugspreis die Goldwährung festzusetzen. Der „Lübecker Volksbote" kostet für diese Zeit wahrscheinlich 1 Mark in wertbeständigem Gelde. Wer Papiermark geben will, hat den jeweilig am Zahltage gültigen Papiermarkpreis zu zahlen, welcher täglich **am Kopf der Zeitung zu ersehen ist**, und der mit dem amtlichen Kurs übereinstimmt. Wenn eben möglich, bitten wir, in wertbeständigem Gelde zu begleichen.

Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten.

Im Lande der Faschisten.

Wann wird das Reich endlich Ordnung schaffen?

Aus Hof (Franken) wird uns geschrieben:

Trotz der ausführlichen Berichterstattung der außerbayrischen sozialdemokratischen und demokratischen Presse über die Vorgänge in Bayern werden sich diejenigen Sozialdemokraten, die nicht ein Kismet zwingt, Bayern ihre Heimat zu nennen, keine rechte Vorstellung davon machen könen, welche seelischen Qualen alle republikanisch gesinnten Bayern seit den letzten Wochen auszustehen haben. Darüber, daß in München ein paar unfähige Querköpfe zum Gaudium der ganzen Welt Hanswurstiaden aufführen, könnte man lachen. Aber es ist nicht an dem allein. Seitdem vor sechs Wochen die SA.-Abteilungen der Sozialdemokratischen Partei aufgelöst und entwaffnet wurden, seit dieser Zeit ging die Bewaffnung der Mitglieder der „vaterländischen" Verbände in aller Oeffentlichkeit vor sich. Waren die Mißhandlungen und Vergewaltigungen von Republikanern schon vordem an der Tagesordnung, so haben sie seit der Zeit noch zugenommen. Nur die wenigsten Fälle werden in der Oeffentlichkeit bekannt und dem Gericht übergeben, weil man sich sagt, den Hakenkreuzlern geschieht ja doch nichts. Man darf aber durchaus nicht glauben, nur die Sozialdemokraten in den Städten seien der Willkür preisgegeben. O nein! Die Verfolgungen und Drangsalierungen werden in den kleinsten Bauerndörfern ausgeübt, und fast die ganzen Ordnungsorgane bis zum letzten Polizeidiener stehen im Dienste der faschistischen Gewalten. Die folgenden Schilderungen sind willkürlich aus der Fülle der letzten Ereignisse herausgegriffen. Es sind keine Einzelheiten, sondern Vorfälle, über die man sich wegen ihrer Häufigkeit in Bayern schon gar nicht mehr aufregt.

*

Als der „deutsche Tag" in Hof gefeiert wurde, wollten fünf Arbeitersportler zum Hauptbahnhof gehen, um auswärtige Sportgenossen zu einem Fußballspiel abzuholen. In der Bayreuther Straße kam ihnen eine Gruppe Hakenkreuzler entgegen, die mit Gummiknüppeln und Revolvern bewaffnet waren. Einer der Sportler trug ein republikanisches Abzeichen, und als das die Hakenkreuzrotte bemerkte, stürzte sie sich auf diesen Mann und schlug ihn kurzerhand zu Boden. Seine Freunde mußten flüchten. Durch den Radau wurden die Anwohner aufmerksam, und aus einigen Fenstern schrien hysterische Weiber: „Schlagt ihn doch tot!" Und tatsächlich schlugen die Hakenkreuzler weiter auf den Arbeiter ein, der blutüberströmt am Boden lag. Dann bildeten sie wieder eine Gruppe, und das Hitlerlied singend marschierten sie weiter, als sei nichts geschehen. Die Täter sind heute noch nicht abgeurteilt und werden es auch nie werden . . .

*

Ein sechzehnjähriges Mädchen, das an seiner Bluse ein schwarz-rot-goldenes Bändchen trägt, geht ahnungslos die „Pfarr" entlang. Plötzlich stellt sich ein Hakenkreuzler vor sie hin und fordert sie auf, das Bändchen zu entfernen. Als das Mädchen dieses Ansinnen ablehnte, bekommt sie ein paar schallende Ohrfeigen, und der Hakenkreuzler geht fort. Keiner der Passanten findet den Mut, ihm entgegenzutreten, weil er bewaffnet ist. Er würde von seiner Schußwaffe Gebrauch machen, weil er weiß, daß er vom Gericht wegen Notwehr freigesprochen würde.

*

In eine Wirtschaft, in der ausschließlich Arbeiter verkehren und in der gerade die Arbeiterjugend eine Zusammenkunft hat, dringen bewaffnete Hakenkreuzler und ein Landespolizist ein. Sie nehmen an einem Tische Platz, singen das Deutschland- und dann das Hitler-Lied. Wer sich in die Lage der anwesenden Arbeiter versetzen kann, wird empfinden können, welche Demütigung dieses provokatorische Auftreten für sie bedeutet haben muß. Aber sie können nichts dagegen unternehmen, denn die Bande ist bewaffnet . . . .

*

In Konradsreuth, einem Bauerndorf in der Nähe von Hof, sitzen in einer Wirtschaft einige Arbeiter. Da kommt ein Hakenkreuzler mit einem geladenen Infanteriegewehr herein und führt sich sehr frech und herausfordernd auf. Als es einem Arbeiter zu bunt wird, nimmt er dem Lümmel das Gewehr ab, entlädt es und liefert es noch am gleichen Abend beim Ortsgendarm ab. Der Hakenkreuzler aber hat indes seine Freunde von dem Vorfall unterrichtet und mitten in der Nacht unternehmen sie — alle mit Infanteriegewehren bewaffnet — eine Haussuchung. Während sie in dem einen Hause einen alten weißhaarigen Mann aus dem Bette holen, stochern sie in einem anderen Hause mit dem Lauf eines geladenen Gewehrs in einem Bette herum, in dem eine Frau mit einem Kinde liegt. Anderen Arbeitern wurde aufgelauert, und sie wurden verprügelt. Die Täter sind bekannt, aber es ist schwer, anzunehmen, daß sie bestraft werden.

*

In Schwarzenbach am Wald, einem kleinen Ort im Frankenwald, hält ein Arbeiterverein einen Tanz ab. Am Abend kommt es auf dem Tanzboden mit einigen Hakenkreuzlern zu einer Auseinandersetzung, die aber ohne jeden Zwischenfall verlief. Die Hitler-Leute haben sich aber doch beleidigt gefühlt und holen „Verstärkung" herbei. Bald erschien ein mit Gewehren bewaffneter Trupp von Hakenkreuzlern und verlangte die Räumung des Tanzsaales. Als sich der Vereinsvorstand gegen diese Vergewaltigung verwahrte, wurde Gewalt angewendet und der Saal geräumt. Dabei wurde auch die Kasse mit fortgenommen. Niemand wird dem Verein den durch diesen Eingriff entstandenen Schaden ersetzen.

*

Der Hitler-Putsch war am Freitag niedergeschlagen. Das war auch in Hof bekannt. Trotzdem erschienen in der Nacht vom Freitag auf den Sonnabend mehrere Angehörige des Bundes Oberland auf dem Telegraphenamt in Hof und besetzten es. Unter ihnen war auch ein Telegraphenbeamter. Der Vorgesetzte des Amtes setzte sich nicht zur Wehr und die Angestellten hatten kein Recht dazu. Und so übte denn die bewaffnete Bande tatsächlich eine Zensur über die Telegramme aus.

*

Am vergangenen Sonnabend wurde hier bekannt, daß die nationalsozialistische Arbeiterpartei und der Bund Oberland in Bayern durch Kahr verboten wurden. Diese Gesellschaft in Hof ließ sich dadurch aber nicht einschüchtern. In geschlossenen Zügen marschierten sie während des ganzen Sonntags mit Musik durch die Stadt und hielten öffentliche Ansprachen. Die Plakate, auf denen die Verordnung über die Verhängung des Standrechtes für Bayern durch Kahr bekanntgegeben wurde, rissen Angehörige des Bundes Oberland und der nationalsozialistischen Partei vor den Augen der Polizei herunter. Am Montag wurden neue Plakate angeklebt. Aber auch diese wurden in den Mittagsstunden herabgerissen. Am Montagabend marschierten Hakenkreuzler und Oberlandler abermals johlend durch die Stadt und sangen Spottlieder auf die Republik. Die Polizei trieb die Ansammlungen auseinander übte dabei aber sehr viele Nachsicht. Keiner von den Teilnehmern an den Zügen wird etwa wegen eines verbotenen „Aufzuges" oder wegen Ruhestörung vor Gericht zitiert werden. Das macht man nur mit Arbeitern. Auch Flugblätter aufreizenden Inhalts konnten durch die Nationalsozialisten ungehindert verbreitet werden. In Kulmbach aber hat man ein Mitglied des dortigen Arbeiterschwimmvereins vor das Volksgericht gestellt und zu einer Geldstrafe verurteilt, weil der Betreffende Flugblätter mit der Ueberschrift „Lernt Schwimmen!" verteilt hat. Diese Flugblätter enthielten nichts weiter, als die Aufforderung, das Schwimmen zu erlernen und sich dem Arbeiterschwimmverein anzuschließen.

*

Es sei nochmals betont, daß die angeführten Fälle keine Einzelheiten sind. Tagtäglich müssen wir uns Beleidigungen, Demütigungen und Mißhandlungen gefallen lassen. Jetzt hat man uns auch noch unsere Parteipresse genommen. Wir sind rechtlos, das Bürgertum freut sich darüber und grinst uns hämisch und mit Schadenfreude an. Wenn in Berlin noch ein wenig Gerechtigkeitsgefühl vorhanden ist, und wenn man dort nicht haben will, daß ein großer Teil des bayrischen Volkes jeden Glauben an eine demokratischen Republik verlieren soll, dann muß von Berlin aus endlich einmal im weiß-blauen Ordnungsstaat Ordnung geschaffen werden, dann muß man sich in Berlin dazu entschließen, den Saustall in Bayern auszuräumen.

Epp! Epp!

General von Epp, ein weißblauer Wittelsbacher Reaktionär vom reinsten Wasser, auf dessen Gewissen so viele sinnlose Bluttaten des weißen Terrors in den Münchener Maitagen 1919 fallen, maßt sich heute in den „Münchener Neuesten Nachrichten" ein gewisses „staatsmännisches Augenmaß" an, das er den Kreisen um Hitler völlig abspricht. Dieser General ist nun lange Zeit der Nährvater der hochverräterischen Propaganda Hitlers gewesen. Als seinerzeit Dietrich Eckardt der Schwerindustrie eine Denkschrift vorlegte, um ein deutsch-völkisches Tageblatt herausgeben zu können, erwähnte er die Opfer, die der damalige Oberst von Epp für den „Völkischen Beobachter" gebracht hatte. In der Denkschrift hieß es:

„So schulde ich z. B. dem Oberst von Epp allein 60000 Mark, die er mir vor etlichen Monaten zur Vermeidung des sonst unausbleiblichen Zusammenbruchs unseres „Völkischen Beobachters" unbeschen geliehen hat."

Ein Mann mit einem derartigen „staatsmännischen Augenmaß" wagt es heute, über die politischen Kinder, die er selbst aufgepäppelt hat, zu Gericht zu sitzen! Er spricht über die „Ehre des Heeres", und er selbst hat die Ehre und das Ansehen dieses Heeres durch seine staatszerletzende deutschvölkische Hetzpropaganda auf das schwerste geschädigt.

Es ist wirklich eine saubere Kumpanei, die dort unten in Bayern jetzt „staatsmännische" Politik mit Schießeisen praktiziert!

Vermischte Nachrichten.

Eisenbahnunglück in Württemberg. Donnerstag nachmittag ist eine Lokomotive ohne Beachtung des auf Halt stehenden Ausfahrtssignales auf dem Rangierbahnhof Untertürkheim gegen Kornwestheim auf dem falschen Geleise ausgefahren und bei Münster am Neckar auf einen entgegenkommenden Lokalzug aufgefahren. Sieben Personen wurden getötet und etwa 20 verletzt, zum Teil schwer.

Feuergefecht in einer Kirche. In der Dessauer Stadtkirche von St. Marien hat ein regelrechtes Feuergefecht zwischen Einbrechern und Polizeibeamten stattgefunden. Ein Polizeibeamter hatte in der Kirche einen Lichtschimmer bemerkt und war mit einigen anderen Polizeibeamten in die Kirche, deren sämtliche Türen man aufgebrochen fand, eingedrungen. Dort wurden die Beamten sofort mit Revolverschüssen empfangen, die sie erwiderten. Es kam zu einer starken Schießerei, in deren Verlauf die beiden Einbrecher verwundet wurden, der eine am Kopf, der andere durch einen Schuß in den Arm und in die linke Körperseite. Die Verbrecher, die es wahrscheinlich auf die wertvollen Altargeräte abgesehen hatten, flohen, konnten aber von den Polizeibeamten überwältigt und festgenommen werden. Da in der vorvergangenen Nacht aus der St.-Johannis-Kirche wertvolle Altargeräte gestohlen worden waren, so nimmt man an, daß es sich um dieselben Täter handelt, die als die Brüder Paul und Otto Dornbusch aus Dessau festgestellt wurden.

Die österreichischen Sozialdemokraten für die deutsche Not. Aus Wien wird gemeldet: Auf dem Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie wurde beschlossen, eine Hilfe der österreichischen sozialdemokratischen Arbeiterschaft für das deutsche Proletariat einzuleiten durch Ausgabe von Sammelkarten, die auf je 5000 Kronen lauten und den Aufdruck tragen: „1 Kilogramm Mehl für deutsche Arbeiter und Angestellte." Bei der von der deutschen Arbeiterschafts-Gemeinschaft und dem Bunde der Reichsdeutschen in Oesterreich eingeleiteten Lebensmittel-Paketaktion sind bisher Bestellungen auf 2½ Milliarden Kronen eingelaufen.

Spanetti
die beste Milch-Schokolade
8954

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Schnock.

Ein niederländisches Gemälde von Friedrich Hebbel.

2. Fortsetzung.

Ich stand dabei, als meine Mutter meinem Vater die Oberlippe abbiß, weil er nach heftigem Zank zu früh auf den Versöhnungskuß drang, ich sah sein Blut stromweis in den Bart rinnen und den Hemdkragen färben. Wer an meiner Stelle hätte nicht schaudernd, wie ich, das Gelübde getan, niemals wieder einen Menschen an dem Ort, wo er Zähne hat, zu küssen, und wer könnte das Gelübde halten und sich doch zugleich beweiben wollen? Aber meine jähzornige Mutter bestand, als ich in die Jahre kam, mit Ungestüm darauf, daß ich mich verheiraten sollte, sie fragte mich, ob ich ein sonstiges Mittel wüßte, ihr Enkel zu verschaffen, oder ob sie anderen alten Frauen in ihren Ansprüchen auf die großmütterlichen Würden und Freuden nachstände, und darauf ließ sich nicht viel erwidern. Ich mußte mich also in den Gedanken ergeben, daß ich ihretwegen mit irgendeiner Person weiblichen Geschlechts früher oder später eine eheliche Verbindung würde eingehen müssen, wenn sie nicht wider Erwarten und Verhoffen früh wegstürbe, und da das letztere nicht geschah, so irrte ich mich hierin auch keineswegs. Zwar zog ich die Entscheidung noch lang hinaus und feierte noch manchen Geburtstag als Junggeselle, worin für mich zu der Zeit, von der ich sprach, der Hauptreiz dieses Festes lag.

Aber als unsere alte Familienkatze verreckte und als darauf unser Mops an einem Kloß, den er zu heiß hineinfraß, erstickte, da wurde meiner Mutter die Stille, die nun in unserem Hause eintrat, so unerträglich, daß mir alle meine Ausflüchte nichts mehr halfen, und daß die entstandene Lücke um jeden Preis mit einer Schwiegertochter ausgefüllt sehen wollte. Auch begünstigte der Zufall sie; denn Jungfer Magdalena Kotzschneuzel, die Stickerin, mietete sich eben damals in unserer Nachbarschaft ein und wußte sie durch einige wohlangebrachte Aufmerksamkeiten, die sie ihr erwies, namentlich dadurch, daß sie bei einer gewissen Gelegenheit ihren Rat einzog und ihn auch treu befolgte, so sehr für sich einzunehmen, daß ich bald beim Frühstück, beim Mittags- und Abendessen nur noch von ihren Vorzügen reden hörte.

„Weißt du, daß Lene keinen Faden am Leibe trägt, den sie nicht selbstgesponnen hat?" wurde ich des Morgens regelmäßig befragt, und die dritte Tasse Kaffee wurde mir gewiß nicht eingeschenkt, wenn ich diesen schlagenden Beweis der Altmütterlichkeit nicht mit vollen Backen pries.

Des Mittags ward mir gewöhnlich mitgeteilt, daß sie einmal einige hundert Gulden aus der Lotterie gewonnen habe, und als ich darauf das erstemal spitzig bemerkte: „Sie spielt also!" ward ich mit einem hastigen: „Nein! Sie hat das Los auf der Straße gefunden!" zurechtgewiesen.

Des Abends mußte ich mir die Auseinandersetzung gefallen lassen, daß sie sich im Gegensatz zu andern älter mache als sie sei, weil sie's für eine größere Ehre halte, mit zu den ehrbaren Matronen gerechnet zu werden, als zu den leichtsinnigen, jungen Mädchen, deren Klasse sie bei ihren fünfundzwanzig Jahren doch noch angehöre, und daß ein Mann, der das wisse und nicht um sie würbe, ein Narr sein müsse.

Da dies alles bei mir nicht anschlug, nahm sie sie plötzlich, ohne mir vorher auch nur ein Wort zu sagen, auf einige Tage zu sich ins Haus, eines Kleides wegen, das geändert werden mußte, wie sie vorgab, das sie aber niemals wieder trug.

Ich wußte recht gut, was dahinter steckte und suchte mich dem Frauenzimmer von meiner unangenehmsten Seite darzustellen, rasierte mich nicht, trug immer meinen schlechtesten Rock, legte mein Schurzfell niemals ab, war stets mürrisch, als ob ich mit gerunzelter Stirn auf die Welt gekommen wäre und erwies ihr nicht die kleinste Gefälligkeit, nicht einmal die, ihr den Nähring wieder aufzuheben, wenn sie ihn fallen ließ. Dabei ließ ich es nicht bewenden, ich machte meinen Gesellen, der von Person nicht unansehnlich und im Handwerk geschickt war, auf das Mädchen aufmerksam, ich strich sie gegen ihn heraus, wie sie gegen mich herausgestrichen wurde, ich redete ihm sogar ein, daß sie jedesmal erröte, wenn sie ihn erblicke.

Aber beides schlug mir zum Unheil aus: denn Lene stieß sich nicht im geringsten an meinem Benehmen, sie entschuldigte mich gegen meine Mutter, wenn diese mir meine Nachlässigkeit verwies, aufs eifrigste und meinte, wer mit ganzer Seele beim Gewerbe sei, wer darüber nachsänne, wie er hier einen neuen Kunden gewinnen, dort einen abtrünnig gewordenen wieder heranbringen wolle, der könne freilich nicht nebenbei geschniegelt und gestriegelt gehen wie ein Ladendiener und sich auf Höflichkeiten verlegen wie ein Barbiergehilfe; mein Gesell dagegen fing Feuer und rächte sich natürlich später, als ich ihm notgedrungen in die Quere kam, auf empfindliche Weise für meine anscheinende Falschheit.

Als Lene unser Haus wieder verließ, war meine Mutter womöglich noch mehr für sie eingenommen wie früher; sie besuchte sie täglich und auch zwischen ihr und mir entspann sich, so sehr ich auf meiner Hut war, bald eine Art von Verhältnis. Ich konnte nicht aus der Tür treten, ohne sie an ihrem Fenster hinter den Blumen bei der Arbeit sitzen zu sehen, da wurden denn gegenseitige Grüße ausgetauscht, und was läßt sich nicht an Grüße anknüpfen; haben sich doch gewiß niemals Leute gestritten und totgeschlagen, die nicht im Anfang „Guten Tag!" zueinander gesagt hätten.

Eines Abends ging ich aus; es war schon gegen zehn Uhr, ich hatte einen Sarg gemacht, was für einen Tischler eine so dringende Arbeit ist, wie ein Bräutigamsrock für einen Schneider, und wollte vorm Niederlegen noch ein wenig im Freien verschnaufen. Ich schlenderte, die Pfeife im Munde, an Lenes Fenster vorüber und glaubte mich unbemerkt, da öffnete sie und fragte mich, warum ich denn so eile. Ich blieb stehen und erwiderte, daß ich das selbst nicht wisse. Dann versetzte sie, möge ich auf einen Augenblick zu ihr hineinkommen, ich habe sie noch nicht ein einziges Mal besucht, und sie könne doch am Ende verlangen, daß das geschehe. Ich konnte hiergegen nichts einwenden und ging auf die Tür zu, fand sie aber verschlossen.

„Ei", rief sie aus, als sie das bemerkte, „ist meine alte Hausfrau schon zu Bette? Nun, steigt ins Fenster, was macht's unter uns?"

Der Antrag machte mich stutzig, aber nicht lange, ich dachte: deine Mutter sitzt drüben im Zimmer und sieht's, sie hält dich, kurzsichtig, wie sie ist, für irgendeinen Hans Liederlich und die da für — —. Schnell, wie der hitzigste Liebhaber, stieg oder sprang ich vielmehr hinein. Wie hatte ich mich verrechnet! Lene suchte noch den Schefelfaden, womit sie ihr Licht anzünden wollte, als mir schon wütend nachgeschimpft wurde. Ich erkannte die Stimme meines Gesellen, der hinter mir hergeschlichen sein mochte. Gewiß war in den letzten hundert Jahren kein Schimpfwort erfunden worden, das mir nicht an den Kopf flog, und diejenigen, die des Geschlechtswegen nicht auf mich paßten, sprudelte er gegen Lene aus.

Ich schwieg still, Lene dagegen zündete ihr Licht an und fragte ihn darauf ruhig, ob er ihr Vater oder ihr Bruder sei. Als er dies verneinte, erwiderte sie, dann hätte er auch nichts drein zu reden, wenn er ihren Bräutigam bei ihr fände; denn das sei ich. Dabei umarmte sie mich und sagte:

„Nicht wahr, Christoph? es wäre dir ja nie eingefallen, zu einem unbescholtenen Mädchen bei Nacht ins Fenster zu steigen, wenn ndu nicht die ernsthaftesten Absichten hegtest? mir wär es wenigstens nie in den Sinn gekommen, dich dazu einzuladen, wenn ich diese nach den Eröffnungen deiner Mutter nicht hätte voraussetzen dürfen!" Ich schwieg noch immer und schwieg so lange, bis ich fühlte, da es lächerlich sei, nicht darin zu verharren. Mein Gesell zog sich hohnlachend zurück. Lene entließ mich aus der Umarmung, die mir wie eine Falle vorkam, ich näherte mich wieder dem Fenster. Sie aber bemerkte das kam, als sie mich bei den Rockschößen ergriff und mich fragte, wann wir Hochzeit machen wollten; ob es mir recht sei, wenn es zu Michaelis geschähe, wie die Mutter vorschlage, oder ob ich auf einem andern Tag bestünde.

(Fortsetzung folgt.)

Die Weihnachts-Freude ist entfacht,
Denn jedes Kind bei „Karstadt" lacht.
Der Franz mit seinem „Tusterohr"
Schießt in die Nase — in das Ohr.

(Sonntagabend beleuchtet.)

Spielwaren-Ausstellung
und -Verkauf 3. Stock

Mitteilung.

Ab heute befinden sich unsere Kontor- und Lagerräume in unseren Geschäftshäusern

Langer Lohberg 47/49

Hanseatische Feintoast G. m. b. H.

Zweigniederlassung Lübeck.

Fernsprecher 3763 und 1368. (8364

Wertbeständige Staats-Lotterie

Nur 1 Klasse. Ziehung 14. u. 15. Dezember. Nur wenige Lose.

8000 Gewinne in wertbeständiger Goldanleihe-Mark, ohne Abzug.

Niedrigster Gewinn **84 GM. = 20 Dollar** | Höchster Gewinn **210 000 GM. = 50 000 $**

Eine kleine Anzahl Lose ist soeben eingetroffen und zum Preise von
4.20 GM. für 1/10 Los **21 GM.** 1/2 Los **42 GM.** 1/1 Los gegen Bezahlung in **wertbeständigem Gelde jeder Art** zu haben. (8367

Die staatl. Lotterie-Einnehmer in Lübeck.

Otto,	Scharff,	John,	Landwehr,
Breite Straße 67.	Mühlenstraße 35	Schüsselbuden 5.	Sandstraße 9.

Noch wirklich preiswerte (8369
Stoffe für Anzüge, Kostüme und Mäntel kaufen Sie am besten nur bei **Kesten**, Holstenstraße 17, I.
Eventl. auch Zahlungserleichterung.

Z. P. F.

Annahme von Alterümern, Handarbeiten und Hausgeräten,
Ausgabe von Heimarbeit
Montags und Donnerstags von 3—4 Uhr
Johannisstraße 47-49. (839

Gut, reell u. billig!
kaufen Sie
Stoffe
für Herren- und Knaben-Anzüge, Kostüme, Mäntel, Paletots, Schlüpfer und Joppen, in Marengo, Flausch u. and. Qualitäten, vom einfachsten Buckskin bis zum edelsten Kammgarn.
Alles noch enorm preiswert.
N. Honig's Nachlager
jetzt Hüxstraße 113. Fernruf 2854.

Z. P. F. 8390

Johannisstraße 47-49.

Gebt uns Spenden in Lebensmitteln und Geld,
um die Not zu lindern.

Die Gasrechnungen sind zu hoch!
Was ist zu tun?
Die Anschaffung des
Sparkochers „Küchenfee"
hilft Ihnen aus allen Verlegenheiten. Staunend geringer Brennstoffverbrauch.
Kostenlose, unverbindliche Besichtigung jederzeit.
Billigste Fabrikpreise.
Christianus & Co., Maschinenfabrik,
Lübeck, Lauenburger Allee 56. (8355

DAMENKLEIDERSTOFFE

in reichhaltiger und gediegener Auswahl empfiehlt zu konkurrenzfähigen Preisen, da **direkt** ab **sächsischer** Fabrik,

T. Spethmann, Breite Str. 31
(im Hause Arnold Berg)
8362) **Etagengeschäft.**

Ihre Wäsche wird viel zu teuer!

Die Not der Zeit verlangt Sparsamkeit an allen Enden. Auch für die Hauswäsche gilt dies Gebot. Wenn Sie

Persil

verwenden und zwar richtig, nach Vorschrift, so brauchen Sie zur Erzielung einer tadellosen Wäsche nichts weiter als dieses und haben die halbe Arbeit! Persil

verbilligt die Wäsche!

Es ist — richtig angewandt — von viel größerer Ergiebigkeit als Sie wissen: Einmaliges, kurzes Kochen, und Sie haben eine saubere, blendend weiße Wäsche! Das mag erstaunlich klingen, ist aber so. Sie müssen es nur einmal versuchen. Nötig ist allerdings, daß Sie Persil genau nach der Gebrauchsanweisung verwenden, es kalt auflösen und ohne die vielen Zutaten gebrauchen, die seine gute Wirkung hemmen und das Waschen so sehr verteuern. Merken Sie sich: Persil ist kein Seifenpulver, wie es hunderte gibt, sondern es ist das Waschmittel, welches durch seine schmutzlösenden Eigenschaften die Wäsche selbsttätig wäscht und sie zugleich blendend weiß macht. Durch Ausschaltung jeder eindringlichen Bearbeitung mit Waschbrett und Bürste wird so das Gewebe weitgehend geschont. Versuchen Sie es einmal, und Sie werden erkennen:

Das Persilverfahren ist die wirtschaftlichste Waschmethode, die es gibt!

8360

Vereins- u. Vergnügungs-Anzeigen

Zentral-Theater

Fernruf 1359. Johannisstr. 25.
Nur noch bis Montag!

Der Herr auf Mortens Schloß
Spannendes Filmdrama in 5 Akten.
Die Kavalier-Hochzeit
Groteske in 2 Akten.
Der Fluch der Protektion
5 Akte. (8368
Spielzeit 4—11 Uhr. Gut geheiztes Lokal.

Gewerkschaftshaus.
Sonntag, den 18. November:
Gr. Sportler-Ball
Anfang 5 Uhr. (8373) **S. V. Victoria 08.**

Deutsche Friedensgesellschaft
Ortsgruppe Lübeck.

Am Dienstag, dem 20. November, abends 8 Uhr, spricht in der Aula des
Johanneums:
General v. Schönaich.
Thema:
Abrüstung der Köpfe
Eintritt 20 Milliarden.

Moislinger Baum

Morgen Sonntag, Anfang 4 Uhr:
Vornehmes Tanzkränzchen
verbunden mit heiteren Künstler-Vorträgen unter Mitwirkung der beliebten Künstler **Hans Walter P.** sowie **Adje Otto.**
Moderne Tänze. Künstler-Kapelle.
Leitung: Herr **Karl Stubt.** Pr. Kaffee u. Kuchen. Spez.: ff. Pilsener d. Aktienbrauerei. Für Familien freier Eintritt. **Rud. Jäde.**
Ich weise besonders auf das am Mittwoch (Bußtag) stattf. Konzert m. Künstl.-Vortr. hin.

Brillanten
große Objekte,
Gold-, Silber-, Münzen-, Platin-
alte Gebisse
kauft ständig
Alfred Frick,
Hüxstr. 63.
Sachen 8361

Café Bernhardt

Fackenburger Allee 9.
Täglich nachm. 8358) u. abds.: **Konzert.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Lübeck 8372

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, 20. Novbr. abends 7½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus.
Wichtige Tagesordnung.
Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.
Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater.

Heute Sonnabend, 7½ Uhr: Gastspiel der beliebten Soubrette **Hilde Möbius.**
Zum ersten Male:
Das Glücksmädel.
Operette in 3 Akten von Schwartz. (8379
Sonntag und folgende Tage, 7½ Uhr:
Das Glücksmädel.

Fledermaus

8 Uhr.
8357)

Stadttheater Lübeck.

Sonntag, 11 Uhr: (5352
Einführender Vortrag über „Hindemiths Mörder", „Hoffnung der Frauen" und „Arlecchino" von Kapellmeister **Mannstaedt** und **Pella.**
7,30: **Wiener Blut.**
Montag, 7,30 Uhr:
Volkst. Konzert.

Weißer Engel.

Jeden Sonntag (8355
Tanzkränzchen.

Lübecker Volksbote

Beilage. Sonnabend, 17. November 1923. Nummer 264.

Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 17. November.

Der Index.

Der Index ist eine der genialsten Erfindungen der Nachkriegszeit. Zwecks persönlicher Sicherheit ist der Erfinder unbekannt geblieben. Leider. Denn man könnte ihm jetzt ruhig die Regelung der Staatsfinanzen übertragen, der Mann ist zu allem fähig.

Aus welchem Stoff der Index besteht, das konnte noch kein Chemiker entdecken. In das Elemente-System paßt er nicht hinein. Seine chemischen Eigenschaften sind, daß er gleichzeitig verschieden wirkt. Die einen Menschen erhitzt er bis zur Rotglut, die anderen macht er kalt lächeln. Physikalisch ist er dehnbarer als Kautschuk. Er ist überhaupt der dehnbarste Stoff der Welt. Darum hat er nie eine gleichmäßige Form. Von der Seite der Behörde aus gesehen, erscheint er winzig klein, der Handel sieht ihn riesig groß. Dabei geschieht das merkwürdige unerklärliche Phänomen, daß der Index auf der Regierungsseite eine ganze Woche lang konstant wie das Normalmeter bleibt, während er sich im gewöhnlichen Leben dreimal täglich dehnt.

Ein interessantes Naturspiel entwickelt sich bei der Bewertung des Index durch die Industrie. Die Industriellen sind lauter Faustische Naturen. Zwei Seelen wohnen in ihrer Brust. Jede bedient sich eines Auges, so daß die Augen der Industriellen statt zusammen zu arbeiten, einander entgegenwirken. Das eine Auge befindet sich neben der Regierung, das andere neben dem Handel. Das Auge neben der Behörde sieht die Löhne (in dem kleinen konstanten Index), das andere Auge setzt nach der täglichen Dehnung die Preise fest. Da aber die Augen einem und demselben Menschen gehören, vollzieht sich in seinem Gehirn bei der Kreuzung der Gedankennervenstränge eine Vertauschung, sodaß der Arme die Lohnseite groß und die Preisseite klein glaubt. Die Verwirrung in seinem Gehirn zwingt ihn, die Angestellten massenhaft zu entlassen, die Arbeit zu strecken und gleichzeitig den Zehnstundentag zu verlangen, zur Hebung der Produktion.

Komisch wie gewöhnlich ist die Stellung des Lohnempfängers. Er hat gemerkt, daß der Index sich einseitig dehnt. Er muß als Lohnempfänger den Index auf der behördlichen Seite angucken. Dann springt er aus Leibeskräften auf die andere Seite hinüber, um als Verbraucher die Handelsseite zu sehen. Da er es aber rasend eilig zu haben glaubt, merkt er nicht, daß in dem Augenblick, in dem er den Lohn empfangen hat, eine neue Dehnung eingetreten ist, sein Sprung ist natürlich zu tief, er kommt nicht hinüber, fällt und zerschlägt sich die Nase. Komische Figur, die er ist, beschuldigt er nicht seine lächerliche Hast und Zerstreutheit, sondern den völlig unschuldigen, gerechten und gesetzmäßigen Index, der mit größter Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit von einer außerordentlich großen Anzahl höchst tüchtiger und bestens besoldeter Beamter an jedem Montag festgestellt wird: nach den Preisen, die am Sonntag nachmittag verlangt worden waren.

Mirol.

Wertbeständige Briefmarken ab 1. Dezember. Die Reichspostverwaltung wird vom 1. Dezember ab wertbeständige Marken einführen und zwar wird man die früheren Werte: drei, fünf und zehn Pfennig als Grundlage nehmen. Dadurch werden die Schwierigkeiten, die jetzt in der Herstellung und rechtzeitigen Beschaffung der Marken lagen, behoben werden. Auf Veranlassung des Sparkommissars ist außerdem die weitere Herstellung und Verwendung von Dienstmarken eingestellt worden.

Abnahme der Bevölkerungsvermehrung um die Hälfte? Ein Rückgang der natürlichen Vermehrung der Bevölkerung auf die Hälfte ist das Ergebnis der jetzt vorliegenden Berechnung des Geburtenüberschusses und der Sterblichkeit vom 1. Viertel d. J. im Deutschen Reich. Auf das Jahr berechnet, wurde er kaum 400 000 ausmachen gegenüber rund 800 000 vor dem Kriege. Berlin hatte im 1. Viertel d. J. sogar einen Ueberschuß der Sterbefälle um 3855. Hamburg hatte nur noch einen geringen Geburtenüberschuß von etwa 450 Personen. Gebiete, wie Oberschlesien, Pommern, Westfalen, Bayern, Oldenburg zeichneten sich früher durch einen verhältnismäßig großen Ueberschuß an Geburten aus. Auch sie weisen einen nicht unerheblichen Rückgang des natürlichen Wachstums der Bevölkerung auf. Der Geburtenüberschuß hatte im ganzen Reich im 1. Viertel 1922 102 065 betragen, im 1. Viertel 1923 nur noch 98 884. Dabei war die Sterblichkeit sogar etwas zurückgegangen, von 18,5 auf 17,3 von je 1000 Einwohnern, während der Geburtenüberschuß von 7,1 auf 6,5 zurückging.

Der Rentenpfennig.

Der Reichsminister der Finanzen erließ eine Bekanntmachung über die Ausprägung von Münzen im Nennbetrage von ein, zwei, fünf, zehn und fünfzig Rentenpfennigen:

Die im glatten Ringe geprägten Münzeu im Nennbetrage von 1 und 2 Rentenpfennigen bestehen aus einer Legierung von 95 Teilen Kupfer, 4 Teilen Zinn und 1 Teil Zink.

Das Ein-Pfennig-Stück erhält einen Durchmesser von 17½ mm nnd ein Gewicht von 2 Gramm.

Das Zwei-Pfennig-Stück erhält einen Durchmesser von 20 mm und ein Gewicht von 3½ Gramm.

Die Münzen tragen auf der Schriftseite innerhalb eines aus flachen Stäben bestehenden erhabenen Randes in Antiqua in der oberen Hälfte die Inschrift „Deutsches Reich" und, davon durch Rosetten getrennt, in der unteren Hälfte die Umschrift „Rentenpfennig". In der Mitte steht in arabischen Ziffern die Wertbezeichnung „1" oder „2", die von der Umschrift durch eine erhabene Kreislinie getrennt ist. In der Mitte der Schauseite befindet sich innerhalb eines aus flachen Stäbchen bestehenden erhabenen Randes eine aufrechtstehende Aehrengarbe, rechts und links davon verteilt die Jahreszahl und am unteren Rande das Münzzeichen.

Die im gerippten Ringe geprägten Münzen im Nennbetrage von 5, 10 und 50 Rentenpfennigen bestehen aus einer Legierung von 91,5 Teilen Kupfer und 8,5 Teilen Aluminium.

Das 5-Pfennigstück erhält einen Durchmesser von 18 mm und ein Gewicht von 2½ Gramm,

das 10-Pfennigstück einen Durchmesser von 21 mm und ein Gewicht von 4 Gramm,

das 50-Pfennigstück einen Durchmesser von 24 mm und ein Gewicht von 5 Gramm.

Auf der Schriftseite tragen die Münzen innerhalb eines aus flachen Stäbchen bestehenden erhabenen Randes in Balkenschrift in der oberen Hälfte die Umschrift „Deutsches Reich" und, davon durch Rosetten getrennt, in der unteren Hälfte die Umschrift „Rentenpfennig". In der Mitte umgibt ein auf die Spitze gestelltes Quadrat, dessen Seiten durch je ein Eichenblatt verziert sind, die in arabischen Ziffern ausgedrückte Wertbezeichnung „5", „10" oder „50". Auf der Schauseite befinden sich innerhalb des aus flachen Stäbchen bestehenden erhabenen Randes gekreuzte Halme mit je drei Aehren an jeder Seite, darüber am oberen Rande das Münzzeichen. Am unteren Rande, der durch einen Querstrich getrennt ist, steht die Jahreszahl.

Ein Überfall auf die Verbraucher.

Kampf gegen die Papiermark. / 50 %ige Schröpfung der Verbraucher mit behördlicher Genehmigung. Die größte Verbraucherorganisation nicht gehört.

Der Verband Lübecker Einzelhandelsvereine hat einen genialen Plan ausgedacht, um dem Währungsverfall entgegenzutreten. In ellenlangen Reden wurde dieser Plan am Freitag abend im Börsensaal des Rathauses den Interessenten auseinanderbuchstabiert. Man scheint diesen Ort als Symbol auserkoren zu haben, um zu beweisen, daß man an Börsen berufsmäßig über die Köpfe der Verbraucher hinweg Preise in erster Linie vom Profitstandpunkt aus festsetzt und diktiert. Wenn auch die Schüssel wassersuppenrein präsentiert wird, so wurde man doch alsbald gewahr, daß hier eine mit volksparteilicher Kochkunst zurechtgepfuschte Brühe gereicht wurde, die von allem für die ihnen so wie so ausgepreßten Verbraucher bereitet wurde. Das schlimmste ist, daß das Polizeiamt mithilft, hier in einseitigster Weise einer Interessentenvertretung den Steigbügel zu halten und die Papiermark, das bis heute noch gesetzliche Zahlungsmittel, um 33⅓ Proz. zu entwerten. Notabene, für alle die zahlreichen Arbeiter, Angestellten, Beamten, Erwerbslosen zu entwerten, die den ganzen oder halben Lohn in Papiermark erhalten. Man scheint sich nicht im geringsten den Kopf darüber zerbrochen zu haben, wie diese bisher am schärfsten einschneidende Maßnahme auf alle Papiergeldlöhner wirken muß, wenn sie heute früh in den Laden kommen und für den mühsam verdienten Lohn nur zwei Drittel der Ware erhalten, die der glückliche Besitzer wertbeständiger Zahlungsmittel bekommt. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser krassen Handelsdiktatur wurde zwar um 48 Stunden verschoben, ihre Wirkung verliert aber trotzdem an Ungeheuerlichkeit nichts. Am Montag soll die Selbsthilfe des Handels auf Kosten der Verbraucher vor sich gehen. Der Sprecher des Vereins, Herr Heickendorff, führte zur Begründung u. a. aus,

daß die unsinnige Politik der Reichsbank mit ihrer künstlichen Niedrighaltung des Dollarkurses eine Aenderung der Preispolitik bedinge. Das sprunghafte Steigen des Dollarkurses erfordere die Einbeziehung einer immer größeren Risikoprämie in die Ware. Da wir in der Ernährung vom Auslande abhängig seien, müsse die Mark bei uns nach dem ausländischen Kurs bewertet werden. Im Interesse der Selbsterhaltung sei der Einzelhandel gezwungen, zwei verschiedene Preise einzuführen: **einen richtig kalkulierten Goldmarkpreis,** der mit keinem Entwertungsfaktor belastet sei, **und einen Preis in Papiermark, der mit 50 Proz. höher anzusetzen sei.** Das heiße also: Wer eine Ware mit einer Goldmark zum heutigen Kurs bezahlt, zahlt 600 Milliarden, und derjenige, der Papiermark hingibt, zahlt für die gleiche Ware 900 Milliarden. Der Einzelhandel sei sich darüber klar, daß diese Maßnahme bei einem Teil der Bevölkerung Unzufriedenheit erwecke, aber die wirtschaftlichen Zusammenhänge zwängen zu diesem Weg. Man hoffe dadurch, ein Hamstern der Goldmark zu unterbinden und die wertbeständigen Zahlungsmittel ihrem eigentlichen Zweck, dem Verkehr, zuzuführen. Der Papiermarkaufschlag soll jeden Tag durch eine Kommission (Polizeirat Lippert, Obersekretär Rahlf und Direktor Kersten) festgesetzt werden.

Dr. Schärffe wies auf ähnliche Versuche in andern Städten hin und betonte, die Wirtschaft müsse sich selbst helfen und zu retten versuchen, was zu retten sei. Die neuen Goldwerte seien bereits wieder zu Spekulationsobjekten geworden. Die Schweiz habe die Goldmark mit 100 Milliarden bezahlt; mit diesen 100 Milliarden hätten die Spekulanten wieder neue Goldmark ge- und mit dem zehnfachen Gewinn im Ausland verkauft. Die Reichsgetreidestelle habe den Getreide- und Mehlpreis weit überboten und treibe damit die Preise für landwirtschaftliche Produkte selbst in die Höhe. Es sei zu unterscheiden zwischen Auslandsware, die mit Devisen zu bezahlen sei und Inlandsartikeln, für die unsere Goldwährung unter Streichung der Risikoprämie festgesetzt werden müsse. Diese Berechnungsart bedinge allerdings auch die Festsetzung eines doppelten Indexes für die Lohnpolitik. Falle die Risikoprämie aus dem Goldpreis heraus, könne der Kaufmann billiger verkaufen und werde auch von dem Verdacht des Wuchers befreit.

An diese Reden knüpfte sich eine längere Aussprache, in der über die Not des Mittelstandes und insbesondere diejenige des Kleinhandels geredet wurde. Dem Großhandel wurde vorgeworfen, daß er die Annahme der Papiermark verweigere. Interessant war das Lob eines Mittelständlers über ein kommunistisches Flugblatt, das die Lage des Kleinhandels richtig schildere. Dieses Lob schloß aber nicht aus, daß die honore Gesellschaft dem Großhandelsvertreter und rechtsgerichteten Schönredner Schiemann lebhaft beipflichtete, als dieser behauptete, der Handel sei in diese prekäre Lage gekommen, weil ihn die Herrschaft der Straße dahin gedrängt habe. Im gleichen Atemzug bekannte Herr Schiemann aber auch, alle Regierungen (die doch in ihrer Mehrheit stets bürgerlich waren!) hätten auf finanzwirtschaftlichem Gebiete versagt und die Ruhrpolitik, die ohne gesicherte finanzielle Maßnahmen unternommen worden sei, habe uns dem Zusammenbruch entgegengeführt. (Den Dolchstoß haben diesmal also die Sozialdemokraten nicht geführt!) Dies Bekenntnis einer unschuldsvollen Seele ist immerhin bemerkenswert.

Bemerkenswert sind aber auch die Auslassungen eines Staatsbeamten, des Polizeirats Lippert, der erklärte, die Behörde pflichten den Maßnahmen des Kleinhandels bei, um ihn zu schützen. Herr Lippert, der im Landesversorgungsamt eine Hauptrolle spielte und wissen muß, wie notwendig die Zwangswirtschaft für die Bevölkerung und insbesondere für die zahlungsschwache war, betonte weiter, der Handel habe von der Zwangswirtschaft genug gehabt, sie habe viel zu lange gedauert und habe der Wirtschaft Schläge gebracht, von denen sie sich aber wieder erhole. Im übrigen werde die neue Maßnahme einen Anreiz bilden, um die Goldmark in den Verkehr zu bringen. Sie fließe auch bereits in großer Zahl an die Commerzbank zurück.

*

So redete man sich in eine neue Wirtschafts- und Währungsreform hinein, die einzig und allein zu Lasten der Papiermarkempfänger gehen soll. Es ist ein starkes Stück, eine derartige Umstellung der Warenpreiskalkulation auf eigene Faust vorzunehmen, ohne sich im geringsten um die Kaufkraft der Verbraucher, die zum größten Teil mit Papiermark entlohnt werden, zu bekümmern. Mit einem Schlage will man deren Lohn zu einem Drittel schmälern, ihr kümmerliches Einkommen, mit dem die Hausfrau sowieso nichts anzufangen weiß, noch weiter niederdrücken. Eine Radikalkur, die nur engstirniger Handelsgeist gutheißen kann. Wir werden uns diesem Gedanken so lange energisch entgegenstellen, bis die Lohnzahlung restlos in wertbeständigem Gelde erfolgt. halten, uns diesem Gedanken so lange energisch entgegenzustellen, **bis die Lohnzahlung restlos in wertbeständigem Gelde erfolgt.** Was ist denn der Effekt des Ganzen? Die schon an und für sich mit Goldmark Bessergestellten erhalten ein Warenpreisgeschenk von 33⅓ Proz., das die armen Schlucker von Papiergeldscheinen wieder bezahlen müssen. (Man nehme doch nur einmal das Brot als Beispiel. Eine arme Familie behält gerade noch so viel übrig, um sich ein Brot für 360 Milliarden kaufen zu können. Sie schickt ein Kind mit dem Papiergeld, das im nächsten Augenblick betrübt zurückkehrt, weil das Brot 540 Milliarden kostet. Und das nur deshalb, weil die armen Leute eben nur Papiergeld haben. Der Fettsack dagegen schluckt seine Semmel ohne vor Scham zu ersticken für billigeres Geld, eben weil er Goldpapier hatte.) Wie kommen denn überhaupt private Vereinigungen dazu, Reichsgeld auf eigenen Beschluß **um die Hälfte zu entwerten?**

Man möge uns erst einmal beweisen, daß die bereits durch unverschämte Erhöhung des Grundpreises in Goldwährung zu verkaufenden Waren dann auf den Stand zurückkalkuliert werden, der gerecht und billig wäre. Das wird man nicht erleben. Erleben wird man nur, daß die Papiermark noch schneller zum Teufel geht, als sie im Begriff ist, in dessen Gesellschaft zu reisen. Ehe diese doppelte Preisberechnung einreißt, muß bei den Lohn- und Gehaltsempfängern, bei den Erwerbslosen und Sozialrentnern ein Ausgleich geschaffen werden, sonst betrügt man sie um die Hälfte ihrer Einnahmen. Ein bißchen volkswirtschaftliche Kenntnis und soziales Mitgefühl hätte von selbst zu diesem Beschluß kommen müssen. Aber so etwas ist bei den Drahtziehern volksparteilicher und noch reaktionärer Staatsstützen nicht zu erwarten. Diese wollen die Wirtschaft, die ihre eigenen Vertrauensleute in den Regierungen hauptsächlich auch unter dem Großhandelsstrategen Cuno verkommen ließen, jetzt nach ihrem Gusto mit Roßkuren ummodeln. An der richtigen Stelle fangen sie nicht an, können es auch nicht, weil sie selbst die Gefangenen ihrer großen Führer sind. Man macht etwas Tamtam gegen die „Gewalt der Straße", gegen den bekannten Vorbildern, aber gegen die wirklich Schuldigen vorzugehen scheut man sich, weil diese nämlich die Schutzheiligen des Mittelstandes sind.

Die Aermsten unter den Verbrauchern sollen also die Kosten all der Sünden tragen, die bürgerliche Mehrheitsregierungen, Spekulanten und jene Leute seit Jahren verschuldet haben, die geflissentlich und zu durchsichtigen Zwecken die Volkswirtschaft untergruben. Man muß schon sagen, der Gedanke ist verwünscht gescheit, obwohl man versucht ist, ihn herzlich dumm zu nennen. Liegt ein Kern berechtigter Notwehr in ihm begraben, dann kann er erst ausgeschält werden, wenn für alle Gehalts- und Lohnempfänger ein Ausgleich geschaffen ist. Wir nehmen an, daß die Befürworter dieser kapitalen Idee bei ihren eigenen Angestellten den Anfang machen.

*

Vielleicht interessiert es auch die auf Goldmark eingeschworenen Handelsegoisten, wie militärische Befehlshaber über unsere Geldwirtschaft denken. Wie die Telegraphen-Union mitteilt, hat der Militärbefehlshaber des Wehrkreiskommandos 5, Generalleutnant Reinhardt, eine Bekanntmachung erlassen, die besagt: „Nach Meldungen aus verschiedenen Teilen des Wehrkreiskommandos mehren sich die Fälle, in denen Geschäftsleute im Kleinhandel die Annahme von Papiergeld als Zahlung verweigern oder bei Bezahlung in **wertbeständigem Geld Rabatt** gewähren, obgleich zurzeit noch Papiergeld als gesetzliches Zahlungsmittel gilt. Hierdurch werden **diejenigen, die wertbeständige Zahlungsmittel noch nicht besitzen, zur Verzweiflung gebracht** und sind daher Störungen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit zu befürchten. Ich ordne daher an, daß bis zur staatlichen Außerkraftsetzung des **Papiergeldes dieses als öffentliches Zahlungsmittel im Kleinhandel unbeanstandet anzunehmen ist.**"

*

Wir wiederholen also: Der Kampf gegen die Papiermark darf nicht zu Lasten der ausgesogenen Verbraucher gehen. Fühlt sich der Kleinhandel benachteiligt oder in seiner Existenz bedroht — wir haben hier noch keinen Konkurs zu verzeichnen —, so mag er sich energisch zur Wehr setzen und von seinen Vertretern und der Regierung fordern, daß den wirklich Schuldigen im Großhandel und der Spekulation der Strick zugedacht wird, der für sie schon gedreht ist.

*

Auf unsere Anfrage beim Konsumverein, ob er sich dem Vorgehen des Kleinhandels anschließe, wird uns mitgeteilt: Wir halten den Beschluß des Kleinhandels für verfrüht und auch für eine katastrophale Belastung des Verbrauchers, auf die dieser sich zunächst durch seine Einnahmen umstellen müßte. Ganz gleich, ob er Lohnempfänger oder Rentner ist. Den allgemeinen Aufschlag von 50 Proz. kann man auch nur dann als gerechtfertigt anerkennen, wenn täglich eine dementsprechende Kursverschlechterung stattfände und wenn alle Lieferanten sich ihrerseits diesen Aufschlag zahlen hießen. Dies trifft aber bei vielen ländlichen Erzeugern und auch bei einem der wichtigsten Lebensmittel, Margarine, nicht zu. Wenn wider Erwarten das kalkulierte Risiko nicht eintritt, so hat der Verbraucher das Risiko getragen, ohne daß dazu eine entsprechende Veranlassung vorlag. Der kürzeste und beste Weg wäre u. E. der gewesen, daß man dem Kleinhändler die Möglichkeit gibt, seine Papiergeldeinnahme gegen wertbeständige Zahlungsmittel am nächsten Morgen zum jeweils bekannten Kurs umzutauschen. Anständige Lieferanten haben schon bisher den Kurs des Vortages bei Umrechnung zugrunde gelegt. Wir halten daher das Vorgehen des Kleinhandels in dieser Weise für verfrüht und sind auch erstaunt, daß dieser Beschluß unter Mitwirkung des Landesversorgungsamtes zustande gekommen ist, ohne daß dem größten Unternehmen unserer Stadt für die Lebensmittelversorgung Gelegenheit gegeben wurde, sich hierüber zu äußern.

*

Wie uns soeben mitgeteilt wird, hat der Senat verboten, den Beschluß der Einzelhandelsvereine in Kraft treten zu lassen.

Am Montag morgen 9 Uhr wird eine neue Sitzung stattfinden, in der sich alle Wirtschaftskreise mit dieser Frage befassen werden.

Neue Verdoppelung der Postgebühren
ab 20. November.

Unter dem Zwange der außerordentlichen Geldentwertung hat die Postverwaltung die seit dem 12. November geltenden Postgebühren vom 20. November an verdoppeln müssen. Die Erhöhung erstreckt sich auf sämtliche Hauptgebühren im Inlands- und Auslandsverkehr sowie auf die Nebengebühren (Einschreibung, Vorzeigen von Aufträgen und Nachnahmen, Eilzustellung usw.) Der einfache Fernbrief kostet sonach vom 20. November 20 Milliarden Mark, die Fernpostkarte 10 Milliarden Mark, die Drucksache bis 25 Gramm 4 Milliarden Mark und die Einschreibung 20 Milliarden Mark. Ausgeschlossen von der Verdoppelung bleiben die Zeitungsgebühren, die Gebühr für Blindenschriftsendungen, die Versicherungsgebühr für Einzahlungen und Auszahlungen im Postscheckverkehr, die Postanweisungsgebühr. Der gesamte Postscheckverkehr soll in den ersten Tagen des Dezember auf Rentenmark umgestellt werden. Vom 6. Dezember ab werden die Postscheckkunden voraussichtlich über ihre Guthaben in Rentenmark verfügen können.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Sozialdemokratischer Verein. Vorstand und Ausschuß (einschließl. Bezirksführer, Referenten und Einkassierer) Montag, den 19. Nov., abends 7 Uhr, Sitzung im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: Der Volksentscheid. Erscheinen aller Funktionäre Pflicht.

Die Arbeiter-Samariter-Kolonne Lübeck ladet zur Besichtigung ihrer neu eingerichteten Unfallstation im Kanzleigebäude zum Sonntag, den 18. November, ein. Von 9—11 Uhr ist Besichtigungszeit für Behörden, Parteien, Organisationen, Aerzte, von 3—5 Uhr nachmittags für die Allgemeinheit.

Wochenspielplan des Stadttheaters. Sonntag, 11 Uhr: Einführender Vortrag zu „Mörder, Hoffnung der Frauen" von Karl Mannstaedt. Hierauf: Einführender Vortrag zu „Arlechino" von Paul Bella. 7,30 Uhr: Wiener Blut. Montag: 4. Volkstümliches Konzert. Dienstag: Hölle, Weg und Erde, 15. Vorstellung im Dienstag-Abbonn. Mittwoch: Die tote Stadt, 15. Vorstellung im Mittwoch-Abonn. Donnerstag: Der Rosenkavalier, 15. Vorstellung im Donnerstag-Abonn. Freitag: Mörder, Hoffnung der Frauen, hierauf: Arlechino, 15. Vorstellung im Freitagabonn. Sonnabend: Vorstellung für die Volksbühne, Propheten. Sonntag: Die tote Stadt.

Sport.

Am Sonntag, dem 18. Nov., veranstaltet die Gruppe Lübeck einen Straßenlauf „durch Lübeck". Beginnend am Bahnhof, Ziel Falkenwiese. Für die Frauen, Jugend und Knaben ist der Start auf dem Geibelplatz. Zeit für sämtliche Mannschaften 1 Uhr bei Lender. Ablauf um 2 Uhr. Anschließend an den Lauf findet auf der Falkenwiese ein Propagandafußballspiel statt. Städtemannschaft Lübeck—F. S. V. Gruppenmeister.

Der Spielausschuß.

Anschließend an den Stafettenlauf findet im Gewerkschaftshaus ein Sportlerball statt. Arbeitslose haben freien Eintritt.

Getreidemarkt.

(Bericht des Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse.)

Hamburg, 16. November.

Die Tendenz war heute etwas ruhiger, die Versuche, gegen Goldanleihe zu verkaufen, schlugen meistens fehl, weil dies Zahlungsmittel kaum erhältlich ist. Gerste würde deshalb mehrfach in Papiermark gehandelt, aber auch in Hamburger Goldmark. Weizen 2,40—2,50 Dollar; Roggen 2,25—2,35 Dollar; Hafer 2,00 bis 2,10 Dollar, Gerste 2,40—2,50 Dollar ab inländischer Station. Ausländische Gerste 2,65—2,75 Dollar, Mais 2,75—2,95 Dollar frei Kaiwaggon. Oelkuchen ruhig und geschäftslos.

Offizielle Kleinhandelspreisnotierungen des Hamburger Fouragehandels. Hafer 13 000, Mischfutter 12 000, Häcksel 4000, Wiesenheu, gbd., 5000, Timothy- und Kleeheu, gbd., 6000, Preßstroh 4000 (alles per Zentner in Milliarden Mark).

Futtermittel. Mais loko in holl. Gulden 9,25; Reisfuttermehl 24proz. loko in Goldanleihe Dollar 1,85; Rapskuchen loko in Goldanleihe Dollar 2,—; Palmkuchen loko in Goldanleihe Dollar 2,10; Inlandsweizenkleie loko in Goldanleihe Dollar 1,10; Inlandsroggenkleie loko in Goldanleihe Dollar 0,95. Tendenz: unverändert fest bei ruhigem Geschäft.

Amtlicher Teil

Die Gas-, Elektrizitäts- u. Wasserpreise

betragen vom 18. bis 21. November d. Js.:

für Gas 140, Lichtstrom 270, Kraftstrom 180, Wasser in Lübeck 80 bezw. 160, in Travemünde 80, heizbare Räume mit Leitung 120, ohne Leitung 40 Milliarden.

Gutschein-Verkauf zu diesen Preisen und gültig bis 19. Januar 1924 am Montag nächster Woche. Die Preise für den **Dienstag**-Verkauf werden bei notwendiger Veränderung noch bekanntgegeben. (8383

Städtische Betriebe.

Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Die Verhältniszahl für Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn beträgt für die Woche vom 18. bis 24. November ds. Js. unverändert: **300 000.** (8363

Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck
Abt. Ia für Besitz- und Verkehrssteuern.

Die Kostgeldsätze der Heilanstalten werden vom 19. 11. 23 ab wie folgt festgesetzt:

	Hiesige. Goldmark	Auswärtige. täglich.
a. Allgemeines Krankenhaus		
III. Klasse	2,75	4,50
Kinder vom 1.—15. Jahr	1,75	2,75
III a. Klasse	3,75	5,50
II. Klasse	5,00	7,50
Kinder vom 1.—15. Jahr	3,25	4,75
I. Klasse	10,00	13,00
Kinder vom 1.—15. Jahr	6,50	8,50
b. Heilanstalt Strecknitz		
III. Klasse	2,00	3,25
Kinder vom 1.—15. Jahr	1,00	1,50
II. Klasse	3,25	6,00
Kinder vom 1.—15. Jahr	2,00	4,00
I. Klasse	6,00	10,00
Kinder vom 1.—15. Jahr	4,00	7,00

Kinder bis zu 1 Jahre pro Tag 1,20: — für alle in der Entbindungsanstalt geborenen Säuglinge täglich 0,60.

Soweit Zahlung nicht in wertbeständigen Zahlungsmitteln erfolgt, wird Umrechnung nach dem am Vortage der Zahlung gültigen amtl. Berl. Dollargeldkurs vorgenommen. (8374

Behörde für die Heilanstalten.

Die Ausnutzung der städtischen Schuttabladestellen am Finkenberg, Lohmühlenweg und Goldberg wird vom 1. 1. 1924 ab neu verpachtet.

Angebote sind bis 24. 11. einzureichen. Näheres beim Tiefbauamt. (8351

Das Tiefbauamt.

Oeffentl. Verdingung. Ausführung v. Malerarbeiten f. d. Neubau v. Siedlungsdoppelhäusern a. d. Dornbreite. Angeb. s. b. z. 22. Nov.-mittags 12 Uhr einzureichen.

Lübeck, 17. 11. 23.

8382) **Das Bauamt.**

Nichtamtlicher Teil

Nach kurzem schweren Leiden starb am 14. November d. Js. der Polizeikommissar a. D.

Bratmann.

Ueber 30 Jahre hat er im Dienst des Staates gestanden. Er gehörte bis zum 1. Juli 1920 als Kommissar der blauen Polizei an und hat sich als solcher ganz besonders verdient gemacht.

Seine Pflichttreue, sein ehrenhafter Charakter und sein kameradschaftliches Wesen werden dem Verstorbenen beim Polizeiamt stets ein ehrendes Andenken sichern. (8380

Lübeck, den 17. November 1923.

Das Polizeiamt.

Zeitungs-Austrägerin
für **Rensefeld** (8117
zu sofort gesucht bei guter Entlohnung.
Zu melden bei: Giese, Rensefeld.

Ein Damen-Fahrrad zu verkaufen. (8384 Alter Schrangen 4.

Neuer Filzhut zu verkaufen 2.50 G.-M. (8381 Timm, Johannisstr. 46 III

2 Satz Ferkel zu verkaufen. **Klüver**, Schwartauer Allee 125. (8378

1 Waschtopf zu verk. od. geg. Korn z. tausch. Soldatenweg 6. Siedlg. Brandenbaum. (8377

Knabenst. 35, Mädchenst. 33 geg. Dam.-Reg.- od. Wintermantel od. Kart. tauscht Wahmstr. 44 (8393

Pferdestall u. Grammophon geg. Eisenbahn zu tauschen od. zu verkauf Ang. u. **C 461** an die Exp. d. Bl. 8386

Gebe Kartoffeln für Puppenwagen. (8375 Friedenstraße 16 II.

1 Paar Herren-Schaftstiefel, große Nr. u. 1 Damen-Mantel gegen Lebensmitteln zu vert. Ang. unt. **C 460** an die Exp. d. Bl. (8371

1 gut erhaltenes Klavier
zu kaufen oder geg. Lebensmittel (Schwein) zu tauschen gesucht. Ang. u. **C 462** a. d. Exp. d. Bl. 8395)

1 Zugänger
von 40—60 Pfund zu kaufen gesucht. Ang. mit Preis unt. **C 459** an die Exp. d. Bl. (8366

Aerztl. Sonntagsdienst. (8365
Dr. Schwanweller, Br. Str. 18.
Prof. Dr. Pauli, Br. St. 97.
Dr. Schuhr, Schw. A. 2a

Inserate
sind nur
an unsere
Geschäftsstelle
aufzuliefern oder an diese zu richten.

Die Geschäftszeit
zur Annahme von Beiträgen wird von
8—10 Uhr vorm. u.
von 3—5 Uhr nachm.
festgesetzt. 8389
Notgemeinschaft für Bestattungen.

Patent-Matratzen, Anflege-Matratzen
jed. Maß in kurz. Zeit.
Gebr. Heft, Lübeck,
Untertr. 111/112 (8353

Unser
Neuanfertigungs-Atelier für Damen-Bekleidung
nimmt bis auf weiteres Bestellungen zu folgenden günstigen Preisen an:

Bluse	von	**7.50**	an
Rock	von	**7.50**	an
Kleid	von	**18.—**	an
Kostüm	von	**18.—**	an
Mantel	von	**18.—**	an

(ohne Zutaten)

Rudolph Karstadt A.-G.

Puppenperrücken fertigt an **Otto Junge**, Friseur 8385) Bei St. Johannis 8.

Schroten
von Korn, ohne Mahlverlust, bei sofortiger Wiedermitnahme. (8394
Katharienstr. 25.

Ankauf v. Gold- und Silber-Bruch, Gebisse, einz. Zähne.
Willi Westfehling 8379
32 Holstenstr. 32

Für eigenen Bedarf Kaufe:
Kanin-, Hasen-, Katzenfelle, sowie Iltis, Marder, Maulwurf zu höchsten Preisen. (8387
Pelz-Spezialgeschäft Hermann Boy
Sandstraße 21, gegenüber Hot. Stadt Hamb.

Der Neue Weltkalender von 1924
ist erschienen. Grundpreis 30 Pfg.
Buchhandlung des Lübecker Volksboten, Johannisstraße 46.

König kauft Felle
Beste Verkaufsstelle für Händler u. Jäger!
Karl König (8356
Hamburg, Zeughausmarkt 2. Fernruf Merkur 5128.
Bergedorf, Kuhberg 2. Fernruf Nr. 777.
Leipzig, Packhofstraße 3. Fernruf Nr. 29 519.
Eigene Fabrik für Pelzveredelung!

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend, e. G. m. b. H.

An unsere Mitglieder!

In Hülsenfrüchten, Reis und Fetten konnten wir zu unserm Bedauern die Nachfrage nicht annähernd befriedigen, da die erforderlichen ausländischen Zahlungsmittel nicht zu beschaffen waren. Für inländische Erzeugnisse wird die Annahme von Papiergeld vielfach schon verweigert. Im Interesse der Verbesserung der Warenerzeugung bitten wir unsere Mitglieder daher **dringend,** wertbeständige Zahlungsmittel in jeder Form unsern Abgabestellen zuzuführen. Trotz großer wirtschaftlicher Schwierigkeiten ist es uns aber gelungen, unsere Mitarbeiter, deren Zahl über **400** beträgt, weiter voll zu beschäftigen und darüber hinaus noch etwa 30 Arbeitslose einzustellen. Es schweben wichtige Verhandlungen, die eine weitere günstige Entwickelung unserer Genossenschaft erhoffen lassen: Fördere jeder daher nach besten Kräften unsere gemeinnützigen Bestrebungen.

8376) **Der Vorstand.**

Anmerkung: Soeben wird uns der Beschluß des Lübecker Einzelhandels bekannt, der dahingeht, daß Papiergeldzahler 50 Prozent Aufschlag zahlen sollen. Wir werden uns

diesem Vorgehen nicht anschließen,

da wir der Meinung sind, daß diese Maßnahme verfrüht ist und für die Verbraucher zunächst eine starke Schädigung bedeutet. Im übrigen werden wir hierzu in der Tagespresse Stellung nehmen. Soweit unsere Mitglieder dazu in der Lage sind, bitten wir, uns wertbeständige Zahlungsmittel trotzdem zuzuführen und unsere Maßnahmen zu unterstützen. Wir sind die berufene Interessenvertretung der Verbraucher.